



Ein Planet ohne Grenzen

Aufbau einer Säule zur Migrationspolitik

Weißbuch

Maschinelle Übersetzung nur zur internen Verwendung

DiEM25 Task Force für Migrationspolitik

November 2024

Inhaltsübersicht

Liste der Abkürzungen	1
Vorwort	2
<i>Über die Säulen der Politik</i>	3
Eine alternative Migrationspolitik	4
<i>Eine Krise im Entstehen: Die Folgen des politischen Versagens</i>	4
<i>Heuchelei regiert die Regeln - Europas selektiver Humanitarismus</i>	5
Instrumente der Unterdrückung: Der Verrat der EU an den Menschenrechten	6
<i>Politische Antwort - Schaffung eines humanen Migrationsrahmens</i>	8
Ausgegrenzt und ausgebeutet: Die Realität von Migranten in Europa	11
<i>Politische Antwort: Schutz der Rechte und der Würde von Migranten</i>	13
Aufnahmegemeinschaften unter Druck: Die Bedürfnisse der lokalen Gemeinschaften erfüllen	15
<i>Politische Antwort: Gemeinsame Stärkung von Aufnahmegemeinschaften und Migranten</i>	15
Die unsichtbare Hand der Oligarchie: Die strukturellen Triebkräfte der erzwungenen Migration	18
Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus: Die Gestaltung der Landschaft der Migration	18
<i>Politische Antwort: Entkolonialisierung der Migration</i>	20
Ungerechte Handelspraktiken: Wirtschaftliche Ausbeutung und Migration	22
<i>Politische Antwort: Beendigung ausbeuterischer Strukturen</i>	23
Klima-Ungerechtigkeit: Die ökologischen Auslöser der Vertreibung	26
<i>Politische Antwort: Bekämpfung der klimabedingten Ungleichheit bei der Migration</i>	28
Komplizenschaft mit dem Autoritarismus: Die Unterstützung der EU für Diktatoren	30
Profitieren von Konflikten: Der Waffenhandel und seine Auswirkungen	30
<i>Politische Antwort: Beendigung der Komplizenschaft mit Autoritarismus und Konfliktprofiteuren</i>	32
Vereint für eine gerechte und menschenwürdige Migrationspolitik	34
Ausgewählte Bibliographie	35

Maschinelle Übersetzung nur zur internen Verwendung

Liste der Abkürzungen

GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
CRM	Kritische Rohstoffe
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EBRD	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
EUA	Europäische Umweltagentur
EGD	Europäischer Grüner Deal
EIB	Europäische Investitionsbank
EJC	Kommission für Umweltgerechtigkeit
EPA	Wirtschaftspartnerschaftsabkommen
ESRA	Europäische Such- und Rettungsagentur
ETS	Emissionshandelssystem
EU	Europäische Union
FRONTEX	Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache
FTA	Freihandelsabkommen
TREIBHAUSGASE	Treibhausgase
GNDE	Grüner New Deal für Europa
GPW	Grüne öffentliche Arbeiten
IWF	Internationaler Währungsfonds
ISDS	Investor-Staat-Streitbeilegung
LNG	Verflüssigtes Erdgas
MEM	Mineralische Energie Materialien
MNC	Multinationale Konzerne
MS	Mitgliedsstaaten
PESCO	Ständige Strukturierte Zusammenarbeit
UCS	Unilaterale Zwangssanktionen
WB	Weltbank

Vorwort

DiEM25 ist eine paneuropäische Bewegung von Demokraten, die in der Überzeugung vereint sind, dass ein demokratisiertes und bündnisfreies Europa eine positive Kraft auf unserem Planeten sein wird. Ein Europa, das in der Lage ist, dem Menschen Vorrang vor dem Profit, dem Leben vor dem Tod, der Gesundheit vor dem Reichtum zu geben. Dieser Übergang muss jetzt stattfinden! Migration wird oft als Krise dargestellt, aber es sind nicht die Migranten, die Krisen verursachen; sie sind vielmehr die direkte Folge politischer, wirtschaftlicher und ökologischer Turbulenzen. Diese destabilisierenden Kräfte werden häufig durch die Politik Europas und des globalen Nordens angeheizt, die dem Profit Vorrang vor den Menschen einräumt, was für unzählige Menschen zu Vertreibung und Verzweiflung führt. Es ist an der Zeit, sich diesen Realitäten zu stellen und unsere Herangehensweise an die Migration mit Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Verantwortung neu zu gestalten.

In diesem Papier wird die umfassende Vision von DiEM25 für eine humane und gerechte Migrationspolitik vorgestellt, die auf den Prinzipien der Solidarität, der ökologischen Nachhaltigkeit und des Antiimperialismus beruht.

Unsere Politik zielt darauf ab, die ausbeuterischen Strukturen, die die erzwungene Migration vorantreiben, abzubauen und fairen Handel, Klimagerechtigkeit und demokratische Rechenschaftspflicht in allen Aspekten der Migrationssteuerung zu fördern. Wir fordern Europa auf, mitfühlend zu handeln, die Rechte und die Würde aller Menschen zu achten und eine Politik zu unterstützen, die sowohl Migranten als auch Aufnahmegemeinschaften stärkt.

Wir haben eine rechtliche, moralische und historische Verpflichtung gegenüber unseren Mitmenschen, die nach Europa einwandern wollen, und wir sagen ihnen: Willkommen! Und den Europäern, die sie aufnehmen, sagen wir: Wir grüßen Sie und unterstützen Sie! Unsere gemeinsame Menschlichkeit verbindet uns mehr als sie uns trennt!

Es ist daher von entscheidender Bedeutung, die falsche Unterscheidung zwischen politischen/wirtschaftlichen Migranten und Flüchtlingen zu überwinden, die zu einer diskriminierenden Politik führt, die Menschen ihrer Handlungsfähigkeit beraubt und sie in Unterbeschäftigung und Ausbeutung zwingt.

Mit Hilfe dieses politischen Rahmens wollen wir den europäischen Ansatz in der Migrationsfrage verändern:

- Anerkennung und Auseinandersetzung mit den historischen und aktuellen Auswirkungen von Kolonialismus, Umweltzerstörung und wirtschaftlicher Ausbeutung.
- Priorisierung von Maßnahmen, die eine gerechte Entwicklung unterstützen und die Abhängigkeit im globalen Süden verringern, um den Kreislauf von Armut und erzwungener Migration zu durchbrechen.
- Sicherstellen, dass alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, mit Würde aufgenommen werden und dass die Migrationspolitik die Menschenrechte und die ökologische Nachhaltigkeit fördert und nicht untergräbt.

Über die Säulen der Politik

Die Entwicklung politischer Strategien ist Teil unseres Engagements bei DiEM25. Wir schlagen alternative politische Mechanismen vor, die darauf abzielen, für die vielen zu arbeiten, nicht für die wenigen. Diese Politiken sind mehr als nur Ideale; sie bieten praktische Wege zu systemischen Veränderungen. Unsere Positionen orientieren sich an unserem [Manifest](#) und werden durch einen partizipatorischen Ansatz unter Einbeziehung unserer Mitglieder und Fachexperten entwickelt.

Um unsere Vision zu verwirklichen, bilden wir Allianzen mit lokalen Gemeinschaften, transnationalen Organisationen und Basisbewegungen und stellen festgefahrene Machtstrukturen in Frage. Unsere politischen Parteien, [MERA25](#), greifen diese politischen Ideen auf und treten bei wichtigen Wahlen an, um den Mythos "Es gibt keine Alternative" zu zerstreuen.

Die Vorschläge in diesem Papier sind ehrgeizig, weil sie dem Ausmaß der Krisen, mit denen wir konfrontiert sind, entsprechen müssen. Inkrementelle Reformen haben wiederholt nicht ausgereicht, um die Ursachen der kritischen Herausforderungen, denen die Menschheit gegenübersteht, zu bekämpfen. Dieses Papier [und unsere anderen politischen Säulen](#) fordern transformative Maßnahmen, die auf dem Bekenntnis zu Menschenwürde, gemeinsamem Wohlstand und grenzüberschreitender Solidarität beruhen.

Diese Politik stellt die festgefahrenen geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen Europas in Frage, da sie anerkennt, dass wahre Sicherheit und echter Wohlstand nicht auf Dominanz oder Ausbeutung, sondern auf Gerechtigkeit beruhen. Europas langfristige Interessen liegen in einer Welt, die von Frieden, Zusammenarbeit und gemeinsamer Verantwortung geprägt ist. Durch eine faire und verantwortungsbewusste Politik hat Europa die Möglichkeit, mit gutem Beispiel voranzugehen und die globale Resilienz zu fördern.

Es gibt bereits praktische Wege zur Umsetzung. Die Erprobung lokaler Initiativen wie die Stärkung der Aufnahmegemeinschaften, die Erleichterung gemeinschaftsgeführter Projekte und die Unterstützung von Arbeitnehmerkooperativen können unmittelbare, skalierbare Ergebnisse liefern. In Zeiten wirtschaftlicher, ökologischer und geopolitischer Unsicherheit kann die Kraft der gemeinschaftlichen Zusammenarbeit die Widerstandsfähigkeit stärken, die Solidarität fördern und die Bindungen innerhalb und über die Grenzen hinweg festigen. Dieses Papier bietet Europa einen Weg, seine globale Rolle neu zu definieren und sich von ausbeuterischen Strukturen hin zu einer Zukunft zu bewegen, die auf kollektivem Wohlstand und Frieden beruht.

Für weiteren Schriftverkehr wenden Sie sich bitte an policy@diem25.org

Eine alternative Migrationspolitik

DiEM25 schlägt einen ganzheitlichen Ansatz für die Migration vor, der den Menschen ihre Rechte zugesteht, die Ursachen der erzwungenen Migration bekämpft, strukturelle Mängel beseitigt und auf einen sozioökonomischen Aufschwung der Aufnahmegemeinschaften in ganz Europa abzielt. Dies erfordert die Übernahme der vollen Verantwortung gegenüber unseren Mitmenschen, die als klare politische Grundlage für das Zusammenleben aller dienen würde. Die Bewegung von Menschen ist ein integraler Bestandteil der menschlichen Geschichte und bietet die Möglichkeit, über begrenzte nationale Sichtweisen und angstmachende Identitätspolitik hinauszudenken.

Zwangsmigranten sollten nicht länger als passive Opfer oder Kriminelle dargestellt werden, die auch Arbeitsplätze stehlen. Sie sollten als politische Akteure in den Mittelpunkt gestellt werden, die die Ungerechtigkeit und Dysfunktionalität der derzeitigen Weltordnung in Frage stellen. Wir müssen jederzeit unsere internationalistische Vision und unsere moralischen Verpflichtungen gegenüber all jenen im Auge behalten, die unsere Küsten aufsuchen, und die Ansiedlung unserer Mitmenschen unter uns erleichtern, so wie wir in der Vergangenheit an ihre Küsten gegangen sind - und dies angesichts der sich schnell nähernden Klimakatastrophe, die Europa hart treffen wird, möglicherweise wieder tun werden.

Eine Krise im Entstehen: Die Folgen des politischen Versagens

Der Anteil der Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung Europas beträgt nur 1,5 %. Dennoch stehen wir vor einer Krise: Wir finanzieren eine FRONTEX-Grenzagentur, die das Ertrinken im Mittelmeer überwacht; wir beherbergen Flüchtlingslager ohne fließendes Wasser in Griechenland; wir verlagern Asylanträge unter Verstoß gegen das internationale Recht. Die Liste lässt sich fortsetzen. Die Europäische Union, die nicht in der Lage ist, sich auf ihre humanitäre Pflicht zu einigen, hat stattdessen einen willkürlichen politischen Weg gewählt: Sie teilt die Menschheit in diejenigen ein, die wir wollen, und diejenigen, die wir ablehnen.

Denjenigen, die vor der russischen Invasion in der Ukraine fliehen, wird zu Recht Zuflucht gewährt, sie dürfen arbeiten und haben Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung. Im Gegensatz dazu sind diejenigen, die außerhalb Europas sind, enormen Risiken ausgesetzt, um den Kontinent zu erreichen, und die Ursachen für ihre Flucht werden nicht erwähnt. Es wird nicht erwähnt, dass europäische Waffen das Leben im Nahen Osten zerstören. Kein Kommentar zur standhaften Unterstützung von Diktatoren in der ganzen Welt. Keine Würdigung des Kolonialismus und seiner anhaltenden Strukturen im 21st Jahrhundert. Keine Anerkennung unserer Rolle bei der Entstehung von Klimaflüchtlingen. Keine Verbindung zu unfairen Handelsbeziehungen. Europas Rolle bei der Schaffung der Bedingungen, die Menschen dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen, wird oft übersehen, dabei ist sie tief in ein System eingebettet, das Profit, Ressourcengewinnung und geopolitische Kontrolle über das Wohlergehen der Menschen und ökologische Nachhaltigkeit stellt.

Europa sieht in der Migration aus dem globalen Süden eine Destabilisierung der Moderne und eine Untergrabung seiner zentralen Vorstellungen von Nation und Nationalismus, Identität, Zivilgesellschaft, Souveränität und Staatsbürgerschaft. Es behandelt Flüchtlinge und Migranten als verdächtig und setzt Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung - Überwachung und Kontrolle, biometrische Daten und

Datenerfassung - gegen sie ein. Zu den weiteren zentralen Abwehrmaßnahmen gehören die Ausgrenzung (Mauern, Inhaftierung und Abschiebung) und die Externalisierung der Grenzen unter Missachtung der Verantwortung für die Suche und Rettung. Militarisierung, neue Technologien, autoritärer Bombast, Kriminalisierung von zivilem Ungehorsam und Solidarität sind ebenfalls wesentliche Elemente. Die Europäische Union fährt fort, die Krise blindlings zu "managen" und die erzwungene Migration zu ihrem eigenen politischen Vorteil zu instrumentalisieren.

Heuchelei regiert die Regeln - Europas selektiver Humanitarismus

Der Ukraine-Krieg hat den Rassismus und die Doppelmoral in unseren europäischen Strukturen ans Licht gebracht. Angesichts von Millionen weißer christlicher europäischer Flüchtlinge ermöglichten sie die Umgehung des schwerfälligen Asylsystems und gewährten den Ukrainern die Zuflucht, die sie brauchten. Alle Mitgliedstaaten (MS) bieten Solidarität und Neuansiedlung ohne Drama. Ebenso wichtig ist, dass diese Flüchtlinge als gebildet, intelligent und kultiviert dargestellt werden, dass ihre Identität und ihre Vergangenheit nicht in Frage gestellt werden und dass sie nicht als potenzielle Terroristen oder Infiltratoren stereotypisiert werden. Es gibt keinen Nebel der Distanz oder des Gefühls des Andersseins: Die Ukrainer sind weiß und europäisch. Der Kontrast zu farbigen Menschen, denen die Flucht aus der Ukraine gelungen ist, könnte nicht größer sein. Sie wurden aus den Evakuierungszügen ausgesperrt, ausgegrenzt, mussten tagelang an der Grenze warten und wurden manchmal zurückgedrängt. Diejenigen, die es in die Europäische Union schafften, mussten höhere Hürden überwinden; ihre Genehmigungen wurden in Frage gestellt und sie wurden zur Rückkehr in ihre Herkunftsländer gedrängt.

Diejenigen, die sich außerhalb Europas befinden, erwartet ein Sicherheitsregime, in dem sie bereits kriminalisiert werden. Politiker und Medien nutzen ihre Plattformen, um diejenigen zu dämonisieren, die in Europa Zuflucht suchen. Die farbigen Migranten, die trotz aller Widrigkeiten in Europa angekommen sind, müssen sich erneut durch ein entfremdendes Asylsystem schlagen. Es beginnt ein tägliches Leben in Gefangenschaft und mit eingeschränkten Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten. Diejenigen, die das Glück haben, dass ihnen Asyl gewährt wird - in der Regel nach Monaten oder sogar Jahren des Wartens -, erleben ihre Erleichterung nur von kurzer Dauer. Arbeit, Wohnung, Bildung, Gesundheit - ja das Leben! - sind weiterhin Mangelware. Die Heuchelei könnte nicht deutlicher sein. Europäische Migrationspolitik ist unverhohlen rassistisch. Die Maßnahmen Europas offenbaren einen politischen Rahmen, der von wirtschaftlichem Gewinn und Sicherheitsinteressen bestimmt wird, oft auf Kosten genau der Werte, die es zu verteidigen vorgibt. Durch die Militarisierung seiner Grenzen, das Schüren von Konflikten im Ausland und die Unterstützung von Despoten im globalen Süden hat Europa jede Glaubwürdigkeit als Verteidiger von Menschenrechten und Demokratie verloren. Europa profitiert von den Kriegen und Konflikten, die Menschen zur Flucht zwingen, nur um ihnen dann die Einreise zu verweigern, wenn sie in Sicherheit leben wollen. Europa profitiert von den Kräften, die die Vertreibung vorantreiben - ungleicher Handel, Ressourcenabbau und Unterstützung hegemonialer geopolitischer Kontrolle - und wendet sich dennoch von den Menschen ab, die von diesen Praktiken betroffen sind.

Instrumente der Unterdrückung: Der Verrat der EU an den Menschenrechten

Fragen im Zusammenhang mit Asylbewerbern und Migration fallen in die "geteilte Zuständigkeit" der Europäischen Union und sind daher Gegenstand sich überschneidender politischer Instrumente. Diese werden jedoch durch den Neuen Pakt zu Migration und Asyl harmonisiert. Dies beinhaltet:

- Einheitliche Regeln für die Überprüfung von Nicht-EU-Bürgern, die:
 - Erhöhung der Inhaftierungsquoten, da zu wenig Zeit - 7 Tage - für das Screening vorgesehen ist.
 - Die Anwendung der Menschenrechte wird beeinträchtigt, da Neuankömmlinge trotz ihrer physischen Anwesenheit im EU-Gebiet als "nicht in die EU eingereist" behandelt werden - die so genannte "rechtliche Fiktion der Nichteinreise".
- Einrichtung einer gemeinsamen Datenbank mit biometrischen Daten von Nicht-EU-Bürgern ab 6 Jahren.
- Straffung der Verfahren im Zusammenhang mit Grenzen, Asylanträgen und Rückführungen, einschließlich:
 - Legalisierung der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit: Für Menschen aus Ländern mit einer Anerkennungsquote von weniger als 20 %, aus "sicheren Herkunftsländern" oder "sicheren Drittstaaten", werden Grenzverfahren aus Gründen der nationalen Sicherheit und/oder der Zurückhaltung von Informationen angewandt. Sie werden also in Gewahrsam genommen, wobei sie weniger Garantien und Zugang zu rechtlicher Unterstützung haben als beim "normalen Asylverfahren".
 - Beschleunigung der Abschiebung: Die Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen eine Abschiebung bewirkt keine Unterbrechung des Verfahrens. Ein Asylbewerber kann also abgeschoben werden, während sein Rechtsmittel noch läuft.
 - Bestrafung der Schwachen: Familien mit Kindern sind nicht vom Grenzverfahren ausgenommen. Das bedeutet, dass sie für längere Zeit in Gewahrsam genommen werden können, bis ihr Verfahren abgeschlossen ist.
- Einrichtung eines Solidaritätsmechanismus, um die Verantwortlichkeiten innerhalb der EU auszugleichen. So will die EU im Rahmen der Verordnung zur Steuerung der Asilmigration (RAMM):
 - Beibehaltung des Prinzips der Ersteinreise, was bedeutet, dass die EU-Mitgliedsstaaten an der vordersten Front weiterhin die Hauptlast der Ankommenden tragen werden, was die ohnehin schon katastrophalen Aufnahmeeinrichtungen" in diesen Ländern noch verschlimmert.

- Solidarität durch Nicht-Grenzländer, die in einen EU-Fonds einzahlen, anstatt Asylsuchende aufzunehmen. Dieser Fonds wiederum könnte helfen, Grenzmauern, Zäune und Überwachungstechnik zu finanzieren.
- Familien auseinanderreißen, indem Geschwister vom Schutz ausgeschlossen werden, der normalerweise durch die Familienzusammenführung gewährt wird.
- Einführung von befristeten "Krisen"-Opt-outs, die es den Mitgliedstaaten ermöglichen, internationale Verpflichtungen nach Belieben zu brechen.

All diese politischen Maßnahmen tragen nicht dazu bei, bestehende Bedenken auszuräumen - vom gescheiterten Hotspot-System bis hin zu systematischen Menschenrechtsverletzungen unter den wachsamen Augen von FRONTEX. Letztere hat sogar enorme Budgetzuwächse erfahren - atemberaubende 2763 % seit ihrer Gründung im Jahr 2006 - und war eine Brutstätte für Unternehmenslobbyisten, die darauf aus waren, Sicherheits- und Überwachungssysteme zu verkaufen, um Europa weiter zu "schützen". Von Drohnen und biometrischer Datenerfassung bis hin zu Satellitenbildern und künstlicher Intelligenz bilden diese Technologien ein ausgeklügeltes Überwachungsnetz, das die Bewegungen von Migranten verfolgt und einschränkt. Diese von europäischen Rüstungsunternehmen entwickelten Technologien werden häufig an repressive Regime verkauft, wo sie zur Überwachung, Inhaftierung und Unterdrückung von Bürgern und Migranten gleichermaßen eingesetzt werden. Die Übernahme dieser Instrumente durch Europa steht im Einklang mit einem sicherheitsorientierten Ansatz, der die Migration kriminalisiert und Menschen in Not eher als Bedrohung denn als Menschen mit Rechten und Würde behandelt.

Die Zivilgesellschaft hat sich kritisch zum Neuen Pakt für Migration und Asyl geäußert. Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbände, Wissenschaftler und Aktivisten haben die Unmenschlichkeit dieses Maßnahmenpakets angeprangert und eine dringende Überarbeitung der einzelnen Bestandteile gefordert.

Die Geschichte zeigt leider, dass die Europäische Union entschlossen ist, den "Garten" vor dem "Dschungel" zu schützen. Wie wir 2015 gesehen haben, hat die EU die griechischen Inseln in der Ägäis zu Hotspots erklärt, um Migranten zwangsweise und auf unbestimmte Zeit festzuhalten. Athen baute seine Hafteinrichtungen aus und errichtete am Evros-Fluss eine Mauer nach dem Vorbild von Melilla, um seine Grenze zur Türkei zu befestigen, mit der die EU seit 2016 ein Externalisierungsabkommen geschlossen hat. Ungarn baute einen Sicherheitszaun und schloss seine Grenze zu Serbien; es hält nun Migranten auf unbestimmte Zeit in Transitzonen fest. Außerdem wurden Kontrollen an den Binnengrenzen eingeführt, Mauern gebaut oder Flüchtlinge im Rahmen von Umverteilungsplänen zurückgewiesen von: Österreich, Bulgarien, Tschechische Republik, Deutschland, Polen, Slowakei und Slowenien. Kroatien erhielt 2018 100 Mio. € von der EU, um seine längste Außengrenze zu patrouillieren. Noch immer sitzen Tausende im überfüllten bosnischen Lager Vucjak fest, das mit Schlangen übersät und mit Landminen übersät ist, keinen Strom und keine sanitären Einrichtungen hat und auf einer Methan-emittierenden Chemikaliendeponie errichtet wurde.

Eine weitere politische Neuerung ist die weitere Auslagerung nach Nordafrika und in die Sahelzone. Wir erleben nicht nur eine weitere von der EU finanzierte und geleitete Militarisierung der Grenzen in diesen Regionen, sondern auch die Auslagerung der Bearbeitung von Asylanträgen in diese Regionen.

Seit 2015 hat die EU Äthiopien, Niger, Marokko, Senegal und Sudan durch die Androhung von Kürzungen der Hilfe unterworfen - manchmal gegen den Willen der eigenen Bevölkerung. Geheime Verhandlungen haben die Zivilgesellschaft überrumpelt, und viele Afrikanerinnen und Afrikaner wissen nicht, was ihre Regierungen im Dienste der EU tun. Ungeachtet der Rhetorik ist es die Externalisierung, die Migranten in die Hände von Schmugglern zwingt, um Kontrollpunkte zu passieren, Grenzen und Zäune zu überqueren, aus Gefängnissen zu entkommen und schließlich kleine gefährliche Boote zu besteigen.

Die EU zieht es daher vor, in Libyen aufgegriffene Gefangene in Transitzentren in der Sahelzone zu verbringen, vor allem in Niger, das die Freizügigkeit abgeschafft und den Transport von Migranten zu einem Verbrechen gemacht hat. Das europäische Außenministerium in Algerien hat seine Grenzen sogar für seine eigenen Bürger geschlossen und verhindert, dass West- und Zentralafrikaner nach Libyen einreisen: Die Beamten zwingen sie, durch die Wüste nach Niger zu gehen. Dies ist eine weitgehend unbekannte Tragödie, die die EU heraufbeschwört: In der Sahara sterben doppelt so viele Menschen wie im Mittelmeer, während sich Schmuggler bereichern, deren Geschäfte auch den Terrorismus finanzieren.

Der Ring der Externalisierung zieht sich noch weiter. Tunesien sah sich gezwungen, die versuchte Auswanderung nach Europa ohne gültige Dokumente zu kriminalisieren. Die Demokratische Republik Kongo hat biometrische Pässe eingeführt, die für die meisten unerschwinglich sind und für 160,00 € von einem arabisch-belgisches Konsortium hergestellt werden. Der Sudan baut neue Grenzposten, und Marokko nimmt Abgeschobene, auch Nicht-Staatsbürger, auf. Ägypten setzt Soldaten ein, um die Migrationsrouten zu blockieren, während der Senegal europäischen Offizieren erlaubt, das Kommando zu übernehmen. In Westafrika unterbricht die EU-Politik zur Verstärkung der Grenzkontrollen von ECOWAS-Mitgliedern (Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten) die saisonale und zirkuläre Migration, verstößt gegen das ECOWAS-Protokoll über die Freizügigkeit und fördert den Missbrauch und die Erpressung durch Grenzbeamte. Dies verlangsamt die Entwicklung und schwächt die wirtschaftlichen Bewältigungsmechanismen.

Politische Reaktion - Schaffung eines humanen Migrationsrahmens

- **Beenden Sie die Externalisierung der Grenzen der Europäischen Union:** Beenden Sie die Migrationskontrollabkommen der Europäischen Union, die die Durchsetzung der Grenzen an autoritäre Regime auslagern, einschließlich, aber nicht beschränkt auf die Migrationsabkommen zwischen der EU und der Türkei, der EU und dem Sudan, der EU und Tunesien sowie der EU und Libyen. Diese Politik stellt sicher, dass Europa die direkte Verantwortung für die Wahrung der Menschenrechte übernimmt und seine Komplizenschaft bei Menschenrechtsverletzungen durch Drittstaaten beendet, indem der Schwerpunkt von Eindämmung auf Zusammenarbeit und Würde verlagert wird.

- **Umwandlung von FRONTEX in eine Europäische Such- und Rettungsagentur (ESRA):** Ersetzen Sie das militarisierte Mandat von FRONTEX durch einen humanitären Auftrag und definieren Sie die Agentur als Europäische Such- und Rettungsagentur neu. Die ESRA würde sich darauf konzentrieren, das Leben von Migranten auf See und an Land zu retten, Flüchtlingen eine sichere Passage durch humanitäre Korridore zu ermöglichen und die Verpflichtung der EU zur Wahrung der Menschenrechte einzuhalten. Diese Änderung fördert die Sicherheit, verlagert Ressourcen von der Ausgrenzung zum Schutz und positioniert Europa als Vorreiter in der humanitären Migrationspolitik.
- **Abschaffung von Abschiebe- und Inhaftierungsgesetzen, insbesondere für schutzbedürftige Gruppen:** Beendigung von Maßnahmen, die die Abschiebung und administrative Inhaftierung von Migranten erlauben, mit besonderem Schwerpunkt auf dem Schutz gefährdeter Gruppen. Nutzung der bestehenden EU-Bestimmungen zur Ausstellung von humanitären Visa direkt in den Herkunfts- oder Zufluchtsländern, auch für die vom Klimawandel betroffenen Menschen. Dieser Ansatz respektiert die Würde der Migranten, erleichtert sichere Wege für Schutzsuchende und steht im Einklang mit Europas Engagement für die Menschenrechte.
- **Abbau von Hindernissen für die Familienzusammenführung für Migranten:** Vereinfachung der Verwaltungsverfahren für die Familienzusammenführung, insbesondere für Kinder, und Beseitigung der strengen Sprachanforderungen, die Familien oft daran hindern, ihre Angehörigen nachzuholen. Diese Politik stärkt die Integrität der Familie, schützt schutzbedürftige Personen und unterstreicht die Bedeutung der Familienzusammenführung in der Migrationspolitik.
- **Verbesserung des Schutzes für Kinder und unbegleitete Minderjährige, die Asyl suchen:** Sicherstellen, dass Kinder und unbegleitete Minderjährige sofortigen Zugang zu wichtigen Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheitsversorgung und Familienzusammenführung in Europa haben. Die Sicherheit, Entwicklung und Integration dieser Personen in den Aufnahmegemeinschaften muss Vorrang haben, um Europa als Beschützer der Rechte und des Wohlergehens von Kindern zu etablieren.
- **Stärkung des Rahmens für die Lokalisierung und den Schutz von Opfern des Menschenhandels und vermissten Kindern:**
Einrichtung robuster Systeme zur Lokalisierung und Unterstützung von Opfern des Menschenhandels sowie von Kindern und Jugendlichen, die nach der Einreise nach Europa vermisst werden. Dieser Rahmen stärkt die Rolle Europas bei der Bekämpfung des Menschenhandels, dem Schutz gefährdeter Personen und der Unterstützung der Genesung und Wiedereingliederung der Überlebenden.
- **Ersetzen Sie Migrantenlager durch Aufnahme- und Hospitality-Zentren, die auf Respekt und Würde basieren:**
Schließung von Migrantenlagern im Stil von Internierungslagern und Einrichtung von Aufnahme- und Hospitality-Zentren, die die unmittelbaren Bedürfnisse der Neuankömmlinge auf menschenwürdige Weise erfüllen. Gewährleistung eines systematischen Schutzes aller Flüchtlinge vor Diskriminierung,

Gewalt, Belästigung und Missbrauch, während sie sich in der Obhut Europas befinden. Diese Politik fördert eine menschenwürdige Behandlung und Sicherheit und unterstreicht die Verpflichtung Europas zu Gerechtigkeit und Mitgefühl in seiner Migrationspolitik.

Maschinelle Übersetzung nur zur internen Verwendung

Ausgegrenzt und ausgebeutet: Die Realität der Migranten in Europa

Egal, ob es sich um einen irregulären oder einen anerkannten Asylstatus handelt, Gleichheit ist schwer zu erreichen. Beschäftigung und Unterkunft bleiben oft unerreichbar. Unterbezahlte, repetitive und oft manuelle Arbeit ist meist die einzige Option. Substandard-Unterkünfte, die teuer sind, sind die einzige Wahl.

Irreguläre Migranten sind besonders anfällig für Ausbeutung, da sie im Schatten Europas leben, dem verborgenen Gesicht unseres neoliberalen Wirtschaftssystems, und schmutzige, entwürdigende und gefährliche Jobs annehmen, die jedoch in vielen Schlüsselsektoren unverzichtbar sind. Viele verrichten geringfügige oder unqualifizierte Arbeit in der Landwirtschaft, im Baugewerbe, in der verarbeitenden Industrie, im Gastgewerbe und in der Gastronomie, in arbeitsintensiven und gering qualifizierten Positionen mit niedrigen Löhnen und begrenztem Arbeitsschutz.

Skrupellose Arbeitgeber nutzen die begrenzten Möglichkeiten und den fehlenden rechtlichen Schutz dieser Migranten aus, indem sie ihnen niedrigere Löhne zahlen und sie schlechten Arbeitsbedingungen unterwerfen, die unter den gesetzlichen und arbeitsrechtlichen Mindeststandards liegen. Die ständige Gefahr der Inhaftierung und Abschiebung wird von diesen Chefs als Druckmittel eingesetzt. Migranten haben keine Garantie, dass sie überhaupt bezahlt werden, Lohndiebstahl und Vorenthaltung von Zahlungen sind an der Tagesordnung. Das Fehlen fairer Beschäftigungsmöglichkeiten macht Migranten anfällig für Ausbeutung und heizt eine Schattenwirtschaft an, von der die Arbeitgeber auf Kosten der Menschenwürde profitieren. Politische Maßnahmen, die den Zugang von Migranten zu sicherer Arbeit und gleichen Arbeitsrechten einschränken, verwehren ihnen die Möglichkeit, voll an der Gesellschaft teilzuhaben, und halten sie in einem Kreislauf der Armut gefangen.

Darüber hinaus sind sie einem erhöhten Risiko ausgesetzt, von kriminellen Organisationen zur Beteiligung am Drogenhandel oder an erzwungener Sexarbeit gezwungen oder sogar versklavt zu werden. Neue Flüchtlinge, die ihre monatliche Unterstützung für Asylsuchende verlieren, werden ebenfalls in diese ausbeuterischen Situationen gezwungen.

Da diese Migranten nicht in den Sozialsystemen registriert sind, können sie die offiziellen Arbeitsämter nicht nutzen. Sie finden Arbeit durch Mundpropaganda, soziale Netzwerke oder Tagesarbeitszentren.

Menschen ohne Papiere können keine Leistungen erhalten, was vor allem zu Nahrungsmittelarmut führt, von der auch Asylbewerber stärker betroffen sind als Bürger. Die Bedürfnisse von Frauen, insbesondere von Müttern, werden ignoriert. Mehr als zwei Millionen Asylbewerber haben keinen Anspruch auf reguläre Finanzdienstleistungen (wie Bankkonten) oder legale Arbeit. Die meisten von ihnen erhalten nur ein kleines Stipendium, das über die Grundversorgung mit Wohnraum und Lebensmitteln hinausgeht.

Ihre Armut geht einher mit unangemessenen Lebensbedingungen in benachteiligten Gebieten und einer sich verschlechternden psychischen und physischen Gesundheit in einer Zeit, in der durch den Verlust von Finanzmitteln für die Zivilgesellschaft sichere Räume verloren gehen, in denen sie Unterstützung und Lernmöglichkeiten finden, Kontakte knüpfen und ein Gefühl der Zugehörigkeit entwickeln können. In vielen

europäischen Städten werden Migranten und Asylbewerber in überfüllte, unterversorgte Viertel oder Notunterkünfte verbannt, wo sie oft von der breiteren Gemeinschaft isoliert sind. In einigen Fällen sind Migranten mit einer Segregationspolitik konfrontiert, die ihren Zugang zu qualitativ hochwertigem Wohnraum einschränkt, sie weiter ausgrenzt und Bedingungen schafft, die zu Ressentiments und Fremdenfeindlichkeit führen können. Diese Ausgrenzung beeinträchtigt nicht nur ihre Lebensqualität, sondern behindert auch die Integration, da eine stabile Wohnung eine entscheidende Grundlage für die wirtschaftliche und soziale Teilhabe ist.

Der Zugang zu Gesundheitsfürsorge und Bildung ist ebenfalls eingeschränkt. Viele Migranten sehen sich mit bürokratischen Hürden konfrontiert, die ihren Zugang zu diesen wichtigen Dienstleistungen einschränken oder verweigern. Dieser Ausschluss verstößt gegen die Grundrechte und verwehrt den Menschen die Chance, ein gesundes und produktives Leben zu führen. Ohne Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung sind Migranten anfälliger für Krankheiten und Notlagen, was sich nicht nur auf ihr Wohlergehen, sondern auch auf die öffentliche Gesundheit ihrer Gastgemeinden auswirkt. Bildungsbarrieren schränken das Potenzial von Migranten weiter ein und behindern ihre Fähigkeit, einen sinnvollen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten, während sie auch die Entwicklung und Integration von Migrantenkindern beeinträchtigen.

Generell stehen die Bemühungen zur Verringerung der Schutzlücken für irreguläre Arbeitsmigranten vor zwei grundlegenden Herausforderungen. Erstens: Wie und in welchem Umfang kann "das Gesetz" zum Schutz von Menschen eingesetzt werden, die "außerhalb des Gesetzes" leben und arbeiten? Zweitens: Wie können irreguläre Migranten ihre Grundrechte in sinnvoller Weise wahrnehmen, wenn sie aufgrund ihres irregulären Aufenthaltsstatus abgeschoben werden können? Diese beiden Fragen, die sich auf die Grenzen des Rechtsschutzes und das Spannungsverhältnis zwischen der Förderung von Rechten und Maßnahmen zur Einwanderungskontrolle beziehen, stehen im Mittelpunkt der politischen Debatten über die Rechte irregulärer Wanderarbeitnehmer.

Einige nationale, regionale und lokale Verwaltungen bemühen sich, die alltäglichen Bedingungen für irreguläre Migranten zu verbessern, unter anderem durch:

- Ermöglichung von Ansprüchen auf Entschädigung für nicht gezahlte Löhne - allerdings sind solche Ansprüche selten, da irreguläre Migranten Schwierigkeiten im Umgang mit den Behörden haben.
- Gewährung von Ausnahmen von der Festnahme und Inhaftierung bei der Arbeitssuche, wie dies in Irland der Fall ist.
- Regularisierung von Hochschulabsolventen, wie in Deutschland, oder von Personen, die ausgebildet werden wollen, um einen Fachkräftemangel auszugleichen, wie in Spanien.

Es gibt zwar noch viele weitere Beispiele, aber diese politischen Ansätze sind nicht europaweit harmonisiert und zielen meist darauf ab, Probleme der Wirtschaft oder den Mangel an Arbeitskräften zu beheben. Politiker und rechtsgerichtete Gruppen begnügen sich ansonsten damit, ihre migrantenfeindlichen und rassistischen Botschaften zu verbreiten. Die Medien gießen Öl ins Feuer, die Wahrheit ermöglicht keine echte Diskussion und Debatte mehr, und die Regierungen werden massiv unter Druck gesetzt, Migranten abzulehnen.

Politische Antwort: Schutz der Rechte und der Würde von Migranten

- **Abschaffung willkürlicher Unterscheidungen zwischen Migrationsarten**
Abschaffung restriktiver Kategorien wie "sicherer Drittstaat" und "erster Asylstaat", um die Grundrechte für alle Migranten unabhängig von ihrem Status zu gewährleisten. Dies schließt ein:
 - **Volle wirtschaftliche und soziale Rechte:** Gewähren Sie allen Migranten das Recht, ohne Einschränkungen zu arbeiten und sich gewerkschaftlich zu organisieren, Zugang zu sozialer Sicherheit und Renten, Wege zum dauerhaften Aufenthalt und zur Einbürgerung sowie Zugang zu Wohnraum und Gesundheitsversorgung, einschließlich Traumaberatung und psychologischer Betreuung.
 - **Volle bürgerliche und politische Rechte:** Beseitigung aller Hindernisse, die Migranten an der Teilnahme an Wahlen hindern, um sicherzustellen, dass sie in demokratischen Prozessen eine Stimme haben.
 - **Freizügigkeit und Zugang zur Justiz:** Gewährleistung der Freizügigkeit innerhalb Europas und Bereitstellung einer kostenlosen Rechtsvertretung für alle Migranten, um eine faire Behandlung vor dem Gesetz zu gewährleisten.
- **Uneingeschränkter Zugang zu Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten**
Sicherstellen, dass alle Migranten gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen haben, die ihre berufliche und persönliche Entwicklung fördern:
 - **Beschleunigung der Anerkennung ausländischer Zeugnisse:** Straffung der Verfahren zur Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse.
 - **Bereitstellung von Berufsausbildung und Sprachkursen:** Bieten Sie kostenlos maßgeschneiderte Programme an, um die Integration von Migranten zu erleichtern, ihre Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern und ihre berufliche Entwicklung zu fördern.
 - **Aufbau interkultureller Kompetenz im öffentlichen und privaten Sektor:** Förderung von integrativen Arbeitsplätzen und Gemeinschaften durch Stärkung der interkulturellen Kompetenzen von Mitarbeitern im öffentlichen und privaten Sektor.
- **Europaweite Standards für die Rechte und den Schutz von Wanderarbeitnehmern einführen**
Europaweite Rechtsvorschriften einführen, die allen Wanderarbeitnehmern, unabhängig von ihrem Status, das Recht auf faire Löhne, sichere Arbeitsbedingungen und Schutz vor Ausbeutung gewähren. Schaffung zugänglicher Systeme zur Meldung von Lohndiebstahl und Missbrauch am Arbeitsplatz ohne Angst vor Abschiebung oder Inhaftierung. Harmonisierung des Schutzes, um die Beiträge von Migranten zu würdigen und wirtschaftliche Gerechtigkeit zu fördern.
- **Erweitern Sie den finanziellen Zugang und die Unterstützung für Migranten und Asylbewerber**
. Fordern Sie, dass alle Mitgliedstaaten Migranten und Asylbewerber die Möglichkeit geben, einfache

Bankkonten zu eröffnen und Zugang zu wichtigen Finanzdienstleistungen zu erhalten. Dieser Zugang würde für finanzielle Stabilität sorgen, Ausbeutung verhindern und die Eingliederung in die formale Wirtschaft fördern.

- **Stärkung der Gleichstellung der Geschlechter in der Migrations- und Asylpolitik**
Integration geschlechtersensibler Maßnahmen in alle Aspekte der Migration, um eine umfassende Unterstützung für Frauen und geschlechtsspezifisch unterschiedliche Personen zu gewährleisten:
 - **Anerkennung von geschlechtsspezifischen Gründen für den Flüchtlingsstatus:** Aufnahme der geschlechtsspezifischen Verfolgung als legitime Grundlage für Flüchtlingsansprüche.
 - **Bereitstellung von geschlechtsspezifischen Einrichtungen und Dienstleistungen:** Bieten Sie auf Wunsch geschlechtergetrennte Schlaf- und Sanitäreinrichtungen an und stellen Sie weibliche Interviewer und Dolmetscher für schutzsuchende Frauen bereit.
 - **Trauma-Unterstützung und Kinderbetreuung ausbauen:** Bereitstellung von Traumatherapie für alle Asylbewerber, mit spezieller Unterstützung für Überlebende geschlechtsspezifischer Gewalt, und Bereitstellung hochwertiger Kinderbetreuung während der Untersuchungen und Befragungen.
 - **Ermöglichung eines unabhängigen Rechtsstatus:** Ermöglichen Sie es Migranten, unabhängig von ihrem Ehepartner Asyl zu beantragen oder einen Rechtsstatus zu erlangen, um Autonomie und Sicherheit zu fördern.
- **Gewährleistung einer universellen Gesundheitsversorgung für alle Migranten**
Sicherstellen, dass alle Migranten Zugang zu umfassenden Gesundheitsdiensten haben, einschließlich präventiver Versorgung, psychologischer Betreuung und Trauma-Diensten, indem administrative Hindernisse beseitigt werden. Dieser universelle Zugang fördert das Wohlbefinden von Migranten und stärkt die öffentliche Gesundheit in den Aufnahmegemeinschaften.
- **Förderung einer integrativen Wohnungspolitik für Migranten**
Entwicklung von Wohnungsbauprogrammen, die Migranten stabile, hochwertige Wohnungen bieten, die in größere Gemeinschaften integriert sind und nicht in isolierten oder überfüllten Gebieten liegen. Die Erleichterung des Zugangs zu menschenwürdigem Wohnraum fördert den sozialen Zusammenhalt und unterstützt die langfristige Integration.
- **Erleichterung der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen in ganz Europa**
Verabschiedung von Gesetzen, die eine rasche und automatische Anerkennung positiver Asylentscheidungen in ganz Europa ermöglichen, damit sich Migranten mit geschütztem Status dort bewegen und niederlassen können, wo die Möglichkeiten ihren Bedürfnissen entsprechen. Dieser harmonisierte Ansatz erhöht die Stabilität und ermöglicht es Migranten, einen effektiven Beitrag zur Gesellschaft zu leisten.

Aufnahmegemeinschaften unter Druck: Erfüllung der Bedürfnisse der lokalen Gemeinschaften

Wir sind Zeuge, wie europäische Regierungen Neuankömmlinge in Regionen mit wirtschaftlichem Niedergang ansiedeln und sie in einem Zustand der Not und Entmachtung zurücklassen. Unter anderem aufgrund des so genannten "Hot-Spot"-Systems tragen Regionen, die unter Sparmaßnahmen leiden, und arme Gemeinden in reicheren europäischen Staaten die Hauptlast bei der Aufnahme von Migranten.

Durch die Verschärfung von Spannungen und das Ausspielen einer Gruppe gegen eine andere entstehen fremdenfeindliche Haltungen, die zu einem stetigen Strom von Unterstützung für eine unmenschliche Politik führen, die versucht, Mauern um Europa zu errichten. Struktureller Rassismus, der historisch auf allen Ebenen der Regierung verankert ist, verstärkt Ausgrenzung und Kriminalisierung. Menschen werden in unterschiedlichem Maße und auf unterschiedliche Weise rassifiziert. Auf lokaler Ebene werden rassifizierte Grenzen deutlicher sichtbar und schaden dem Zusammenhalt der Gemeinschaft.

So führen Austerität und Migrationskontrolle zu einer gesellschaftlichen Polarisierung, und autoritäre Kräfte nutzen dies, um die Gesellschaft weiter zu spalten und an Macht zu gewinnen. Dies ist sowohl kurz- als auch langfristig gefährlich, da es zu Gewalt führt und die Demokratie untergräbt.

Mit anderen Worten: Die Probleme, mit denen Neuankömmlinge und Einheimische in den Aufnahmegemeinschaften konfrontiert sind, sind auf langfristige Desinvestitionen in den Bereichen Beschäftigung, Bildung und öffentliche Gesundheitsdienste zurückzuführen - und nicht auf die Migration.

Wir geben der Demokratie den Vorrang und erkennen an, dass es die Zivilgesellschaft und die Menschen vor Ort sind, die für ihre Rechte kämpfen und die institutionellen Hindernisse für die Integration überwinden. Sie kennen die Herausforderungen und Bedürfnisse ihrer Städte und Gemeinden, sie wissen, was zu tun ist und wie man es tun kann. Daher müssen konkrete Politiken und umsetzbare Maßnahmen im Rahmen eines partizipativen Prozesses entwickelt werden, in dessen Mittelpunkt auch sie stehen.

Dennoch müssen Zwangsmigranten nicht nur Nutznießer der Hilfe sein, sondern sie sind politische Akteure auf Augenhöhe mit den Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft. Ohne ihre Beteiligung, kann keine Analyse der Bedürfnisse der Gemeinschaft, kein Vorschlag für konkrete Maßnahmen und keine Umsetzung wirksam oder vollständig sein.

Politische Antwort: Gemeinsame Stärkung von Aufnahmegemeinschaften und Migranten

Zur Wiederherstellung und Stärkung der Aufnahmegemeinschaften schlagen wir Folgendes vor:

- **Aufhebung des Dublin-Systems und Abschaffung des "Hot-Spot"-Ansatzes:** Ersetzen Sie das gescheiterte Dublin-System und schaffen Sie den "Hot-Spot"-Apparat durch einen zentralisierten Mechanismus für die gerechte Umsiedlung von Migranten innerhalb der europäischen Gemeinschaften ab. Dieses System würde sowohl die Präferenzen der Neuankömmlinge - wie

Familienbande, Sprache und kulturelle Verbindungen - als auch die Kapazitäten der Aufnahmegemeinschaften berücksichtigen. Die Abstimmung der Präferenzen der Migranten auf die lokalen Bedürfnisse fördert eine ausgewogene Integration, unterstützt die Widerstandsfähigkeit der Gemeinschaften und stärkt den sozialen Zusammenhalt.

- **Erleichterung von lokal geführten Arbeitnehmerkooperativen für Migranten und Aufnahmegemeinschaften:** Bereitstellung von Schulungen, Ressourcen und Finanzmitteln zur Unterstützung der Gründung von Arbeitnehmergenossenschaften, die von Migranten und Mitgliedern der Aufnahmegemeinschaften getragen werden. Diese Kooperativen würden die lokale wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit fördern, den Arbeitskräftemangel beheben und die kulturübergreifende Zusammenarbeit unterstützen, indem sie stabile, würdige Arbeitsplätze und gemeinsamen Wohlstand für alle Mitglieder der Gemeinschaft bieten.
- **Einrichtung inklusiver Versammlungen zur demokratischen Entscheidungsfindung:** Einrichtung von Versammlungen, in denen alle Interessengruppen vertreten sind - auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene -, um eine organisierte politische Meinungsäußerung sowohl für Migranten als auch für die Aufnahmegemeinschaften zu ermöglichen. Diese Versammlungen, die durch Wahl ausgewählt werden, würden eine gemeinschaftsweite Beteiligung an Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, erleichtern. Dieses demokratische Engagement fördert den sozialen Zusammenhalt, schafft Vertrauen und vertieft die Integration, indem es die Stimmen der Gemeinschaft in den Mittelpunkt stellt.
- **Unterstützung kommunaler Zentren für den Kultur- und Bildungsaustausch:** Dauerhafte Finanzierung von Gemeinschaftszentren in den Aufnahmeregionen, in denen Migranten und Einheimische gemeinsame kulturelle, soziale und bildungsbezogene Aktivitäten durchführen können. Diese Zentren würden als Räume für den Sprachaustausch, Workshops zum Austausch von Fertigkeiten und gegenseitige Unterstützung dienen, das Verständnis fördern, die Isolation verringern und eine reibungslosere Integration durch gemeinsame Erfahrungen und kulturelle Vermittlung erleichtern.
- **Entwicklung von Jugendprogrammen für interkulturellen Austausch und Empathieaufbau:** Schaffen Sie spezielle Programme, die junge Migranten mit einheimischen Gleichaltrigen in der Primar-, Sekundar- und Hochschulbildung sowie in außerschulischen Initiativen zusammenbringen. Diese Programme fördern kulturübergreifende Freundschaften, ermutigen zum kulturellen Austausch und bauen Empathie auf, um eine integrativere, verständnisvollere und einheitlichere nächste Generation heranzubilden.
- **Ersetzen Sie Haftanstalten durch Sozialwohnungen für gemeinsames Leben:** Schließen Sie Haftanstalten für Migranten und erleichtern Sie die Umsiedlung in Sozialwohnungen, die sowohl für Migranten als auch für einkommensschwache Gemeindemitglieder gedacht sind. Diese Politik verringert menschliches Leid, fördert die Stabilität und unterstützt die Integration durch gemeinsame Wohnräume, die die sozialen Beziehungen innerhalb der Gemeinschaft stärken.

- **Stärkung der Zivilgesellschaft und Unterstützung der sozialen Solidarwirtschaft:** Stärkung der Zivilgesellschaft durch finanzielle, institutionelle und operative Unterstützung von Solidaritätsinitiativen an der Basis, insbesondere in Gemeinden, die Zwangsmigranten aufnehmen. Dieser Ansatz stärkt die lokale Widerstandsfähigkeit, fördert die Inklusion und ermöglicht gemeinschaftsorientierte Projekte, die allen zugute kommen. Er inspiriert die europäische Zivilgesellschaft auch zu dezentralen Aktionen, die Neuankömmlinge aktiv einbeziehen und sinnvolle, lokal begrenzte Wege zur Integration und zum gemeinsamen Wachstum schaffen.

Maschinelle Übersetzung nur zur internen Verwendung

Die unsichtbare Hand der Oligarchie: Die strukturellen Triebkräfte der erzwungenen Migration

Für die große Mehrheit ist die Migration in die erste Welt unmöglich. Tausende jedoch "wählen" einen gefährlichen Weg, um die europäischen Küsten zu erreichen, und viele sterben auf dem Weg dorthin einen vermeidbaren Tod. Es gibt zwar eine Vielzahl von Gründen, die Menschen dazu bewegen, diese Reise anzutreten, aber was uns vor allem beschäftigt, sind die Ursachen, die Menschen dazu zwingen, ihr Leben zu riskieren, um Europa zu erreichen.

Die europäischen Eliten haben schon immer ihren eigenen Wohlstand auf Kosten der Verarmung des globalen Südens angestrebt: Die koloniale Expansion durch Enteignung wurde oft als Staatsport betrachtet, als Afrikaner versklavt und quer durch die Welt verschifft wurden, um sich zu Tode zu schufte, während ihre Heimatländer der Eroberung preisgegeben wurden.

Die Zwangsmigration, die ihren Ursprung im Kampf um das Empire hat und durch die kapitalistische Akkumulation und die Globalisierung intensiviert wurde, ist heute eine der wichtigsten Facetten des neoliberalen Systems. Irreguläre Migranten unterstützen die gesamte globale Arbeitskette: erniedrigt und entmenschlicht, sind sie verletzlich, abschiebbar, entbehrlich, fügsam und eine ständige Quelle billiger Arbeitskräfte.

Das System führt weiterhin zu Klimakrisen, Verwundbarkeit, Gewalt, Prekarität und schwachen Sozial- und Regierungsstrukturen. Für die arbeitenden Menschen im gesamten globalen Süden bedeutet der Neoliberalismus Schulden, Lohnstagnation, steigende Lebenshaltungskosten und Abwärtsmobilität. Er bedeutet eine dramatische Verschärfung der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheit, politische Ausgrenzung und kulturelle Unsichtbarkeit. Dieser Druck führt zu erzwungener Migration nach Europa auf der Suche nach einer besseren Lebensgrundlage.

Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus: Die Gestaltung der Landschaft der Migration

Hunderte von Jahren vor dem Neoliberalismus verursachte der europäische Kolonialismus Vertreibung und Migration durch Völkermord, Sklaverei, Eroberung und Landraub, Zwangsarbeit, Ausbeutung und Unterwerfung von Arbeitskräften, kapitalistische Ausbeutung, Kommerzialisierung, Umweltverschmutzung, Unterdrückung, militärische Gewalt und Kriegsgewinnerei. Dieses Erbe der Zerstörung legte den Grundstein für einen Großteil der globalen Ungleichheit, die wir heute sehen, wo die wirtschaftlichen und ökologischen Kosten des Kolonialismus den globalen Süden weiterhin belasten.

Der Postkolonialismus umfasst die Machtbeziehungen Europas zu seinen verbliebenen und ehemaligen Besitzungen sowie die Schaffung und Dominanz globaler Institutionen wie des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank (WB). Der im späten 20. Jahrhundert aufkommende Neoliberalismus hat die durch den Kolonialismus eingeleitete Ausbeutung intensiviert und koloniale Strukturen in neue Formen globaler

wirtschaftlicher und politischer Kontrolle überführt. Heute setzen unternehmensgesteuerte Handelspolitiken, Strukturanpassungsprogramme und Schuldenabhängigkeit das imperialistische Projekt fort, indem sie den globalen Süden verarmen lassen, wobei ehemalige Kolonien immer noch an ausbeuterische Systeme wirtschaftlicher Abhängigkeit gebunden sind.

Der heutige Imperialismus ist nicht nur durch die wirtschaftliche Kontrolle multinationaler Unternehmen und Finanzinstitutionen gekennzeichnet, sondern auch durch den zunehmenden Einsatz einseitiger Zwangssanktionen (Unilateral Coercive Sanctions - UCS) durch westliche Mächte, insbesondere die USA und die Europäische Union, zur Durchsetzung ihrer politischen und wirtschaftlichen Ziele. Diese Sanktionen werden häufig ohne völkerrechtliche Ermächtigung verhängt und als Instrumente imperialer Vorherrschaft eingesetzt, um die wirtschaftliche und soziale Destabilisierung der betroffenen Länder zu fördern. UCS werden eingesetzt, um souveräne Regierungen zu schwächen, den Handel einzuschränken und die wirtschaftliche Entwicklung zu behindern, was häufig zu einer Verschärfung von Armut und sozialen Unruhen in den betroffenen Ländern führt. Besonders verheerend sind sie in Regionen, die bereits mit dem Erbe des Kolonialismus zu kämpfen haben, wie Afrika, Lateinamerika und der Nahe Osten.

Die Auswirkungen des Kolonialismus beschränkten sich nicht auf die wirtschaftliche und politische Sphäre. Indigene Kulturen, Sprachen und Wissenssysteme wurden systematisch zerstört oder an den Rand gedrängt. Die von den Kolonialherren erzwungene Assimilationspolitik hinterließ tiefe Narben in den Gesellschaften und beeinträchtigte sowohl die persönlichen Identitäten als auch die kollektiven sozialen Strukturen. Der Verlust der Autonomie in Bezug auf kulturelle Ausdrucksformen und Regierungsführung wirkt in vielen ehemaligen Kolonien fort und trägt zu den anhaltenden Kämpfen um kulturelle Wiederbelebung und Anerkennung bei.

In Afrika zum Beispiel halten die ehemaligen Kolonialherren ihre Macht durch wirtschaftliche Abhängigkeit, Klimaschulden und militärische Vorherrschaft aufrecht. Anhaltende Übergriffe von Unternehmen und die Ausbeutung von Ressourcen führen weiterhin zur Verarmung und Vertreibung vieler Gemeinschaften bei der ständigen Jagd nach Bauxit, Kohle, Kobalt, Coltan, Kupfer, Diamanten, Gold, Eisen, Öl, Uran und Zink. Diese Ressourcen, die zum Nutzen multinationaler Konzerne abgebaut werden, führen häufig zu Umweltzerstörungen, vertreiben indigene Gemeinschaften und tragen zur Klimakrise bei.

Auch die Entwicklungsprojekte der Weltbank führen zur Vertreibung von Millionen von Menschen; in Afrika haben 11 Projekte 700.000 Hektar Land in Beschlag genommen. Hinzu kommt, dass fast die Hälfte aller Landnahmen durch die Agrarindustrie in Afrika stattfindet, wobei das Greenwashing dieses Problem noch verschärft. Green Grabs - die Aneignung von Land zum Zwecke des Naturschutzes, der Kohlenstoffbindung und der Biokraftstoffproduktion - verbindet die sozialen und wirtschaftlichen Zerstörungen durch den Abbau natürlicher Ressourcen mit Gewalt, die durch bewaffnete Kämpfe, soziale Konflikte, Unterdrückung, Interventionen von außen, Menschenrechtsverletzungen, den Verlust der Staatsbürgerschaft und Bürgerkriege verursacht wird. Sie verdrängen indigene Gesellschaften und Bauern, entziehen Land aus dem Gewohnheitsrecht, verzerren die sozialen Systeme und untergraben den Zugang von Frauen zu Gemeindeland.

Das Erbe des Kolonialismus besteht in den heutigen neokolonialen Praktiken fort, bei denen ehemalige Kolonien durch ausländisch kontrollierte Lieferketten, internationale Handelsabkommen und Schuldendienst wirtschaftlich ausgebeutet werden. Diese anhaltenden Praktiken halten das globale Machtgefälle aufrecht, indem sie den Reichtum des globalen Nordens intakt halten, während sie die wirtschaftliche Entwicklung im Süden unterdrücken. Da der globale Reichtum weiterhin abgebaut wird, verfestigen diese Systeme die während der Kolonialzeit geschaffenen Ungleichheiten und halten die Ausbeutung von Menschen und Ressourcen im globalen Süden aufrecht.

Zum modernen Imperialismus gehören auch militärische Interventionen, die sich unter dem Deckmantel "humanitärer" oder "demokratischer" Bemühungen gegen souveräne Staaten richten und oft zu weit verbreiteter Instabilität und dem Verlust von Menschenleben führen. Von den Kriegen im Nahen Osten bis zur Militarisierung der Grenzen in Afrika setzen die westlichen Mächte militärische Gewalt ein, um geopolitische Interessen zu sichern, Ressourcen zu kontrollieren und Widerstandsbewegungen zu unterdrücken. Diese Interventionen haben zur Destabilisierung ganzer Regionen geführt und den Kreislauf von Konflikten, Vertreibung und Armut gefördert.

Politische Antwort: Entkolonialisierung der Migration

- **Anerkennung und Entschuldigung für die Verbrechen der Kolonialisierung:** Vollständige und transparente Anerkennung und Entschuldigung für die Verbrechen der Kolonialisierung - einschließlich Sklaverei, Ressourcenausbeutung, kulturelle Zerstörung und Zwangsumsiedlung - durch einen offiziellen, verbindlichen Prozess der Entschuldigung und Wiedergutmachung. Dieser Prozess würde die Rückgabe aller gestohlenen Ressourcen, historischen Artefakte und Ländereien, die noch in europäischem Besitz sind, beinhalten. Ein Mechanismus zur Wiedergutmachung, der von einem fairen Gremium nach dem Vorbild der Europäischen Justizkommission (EJC) im Rahmen des Green New Deal for Europe (GNDE) von DiEM25 geleitet wird, sollte die betroffenen Gemeinschaften einbeziehen. Die Wiedergutmachung muss sich auch auf die Klimareparationen erstrecken und die durch die Ressourcengewinnung in der Kolonialzeit und die anhaltende Ausbeutung verursachten Umweltschäden berücksichtigen.
- **Beendigung der Anwendung einseitiger Sanktionen und Zwangsmaßnahmen:** Beenden Sie die Verhängung unilateraler Sanktionen und wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen gegen Länder des Globalen Südens. Ersetzen Sie diese durch multilaterale Rahmenwerke, die auf Menschenrechten und demokratischen Grundsätzen beruhen und sicherstellen, dass wirtschaftliche Entscheidungen die nationale Souveränität und Selbstbestimmung respektieren.
- **Setzen Sie eine globale Kommission für antiimperialistische Gerechtigkeit ein:** Setzen Sie eine Kommission ein, die imperialistische Strukturen - einschließlich ausbeuterischer multinationaler Konzerne, Handelsabkommen und Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank - untersucht und abbaut. Die Verringerung der Abhängigkeit von diesen Strukturen ermöglicht eine nachhaltige Entwicklung und fördert ein kooperatives, statt ausbeuterisches globales Wirtschaftssystem.

- **Unterstützung der Heilung zwischen den Generationen durch kulturelle und psychische Gesundheitsprogramme:** Stellen Sie Mittel für psychische Gesundheits- und Bildungsprogramme zur Verfügung, die sich mit den durch den Kolonialismus verursachten generationenübergreifenden Traumata und kulturellen Disruptionen befassen. Unterstützen Sie Initiativen zur Bewahrung des kulturellen Erbes, zur Wiederbelebung der Sprache und zu gemeindegeführten Diensten für psychische Gesundheit. Diese Programme ermöglichen es den Gemeinschaften, sich wieder mit ihrem Erbe zu verbinden und fördern so die kulturelle Widerstandsfähigkeit und den sozialen Zusammenhalt.
- **Radikale kulturelle Reformen durchführen, um fremdenfeindliche Narrative zu entkräften:** Reform der Bildungs- und Mediensysteme in Europa, um Studien über Kolonialismus, Dekolonisierung und den Beitrag verschiedener Kulturen zur globalen Entwicklung in den Vordergrund zu stellen. Verstärken Sie außereuropäische Stimmen, bauen Sie schädliche Stereotypen ab und fördern Sie integrative Erzählungen in Schulen und Medien. Dieser Wandel fördert eine integrativere, antirassistische Gesellschaft, räumt mit langjährigen Stereotypen auf und fördert multikulturelle Werte.
- **Unterzeichnung und Ratifizierung der Internationalen Konvention zum Schutz der Rechte von Wanderarbeitnehmern:** Sorgen Sie dafür, dass Europa die Rechte aller Wanderarbeitnehmer wahrt, indem Sie die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen unterzeichnen und ratifizieren, um den Schutz und die faire Behandlung von Wanderarbeitnehmern sicherzustellen.
- **Schaffung eines Rahmens für den Schuldenerlass für Länder des Globalen Südens:** Entwicklung eines Rahmens für den Schuldenerlass, der den Ländern des Globalen Südens die unter ausbeuterischen Bedingungen entstandenen Schulden streicht. Zusätzlich sollten bereits bezahlte Schulden, die diese Kriterien erfüllen, zurückgezahlt werden. Ein Schuldenerlass mindert den wirtschaftlichen Druck, unterstützt die Armutsbekämpfung und ermöglicht es den Ländern, in die soziale und ökologische Widerstandsfähigkeit zu investieren, ohne die Last des Schuldendienstes tragen zu müssen.

Ungerechte Handelspraktiken: Wirtschaftliche Ausbeutung und Migration

Das Herzstück der unfairen Handelsbeziehungen Europas ist die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union, die die Landwirte im globalen Süden benachteiligt und die Klimakrise verschärftⁱ. Massive Subventionen erzeugen riesige Überschüsse, indem sie die Massentierhaltung und die Hohertragszucht fördern. 72 % des Haushalts (30 Mrd. EUR) werden für Direktzahlungen an Landwirte ausgegeben, wobei 80 % an die 20 größten Erzeuger gehen.

Während 33 % der Gesamtausgaben der EU in die GAP fließen und die Zahlungen die Hälfte des Einkommens eines durchschnittlichen Landwirts ausmachen, baut die EU im globalen Süden staatliche Subventionen ab und hält die Märkte für die Agrarindustrie durch Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs)ⁱⁱ und andere Freihandelsabkommen offen.

Ein ausdrückliches Ziel ist die Steigerung der EU-Exporte in Sektoren mit hohem Absatzvolumen wie Fleisch und Milchprodukte: Sie sind billig und unreguliert, überschwemmen die lokalen Märkte und drängen Kleinerzeuger an den Rand, was zu einer unkontrollierten und nicht nachhaltigen Abwanderung in die Städte und zu einer explosionsartigen Zunahme der Zahl der ernährungsunsicheren städtischen Armen führt. Die verbleibenden Landwirte werden von der globalen Agrarindustrie abhängig, sowohl bei den Betriebsmitteln als auch als Abnehmer, da sie keinen direkten Marktzugang haben. Da die multinationalen Konzerne die Preise und Bedingungen diktieren, verschulden sie sich oder sind gezwungen, ihr Land an mechanisierte Großbetriebe zu verkaufen.

Armutsfördernde WPA entstehen in Kontexten, die durch ein starkes Machtgefälle, eine Taktik des Teilens und Herrschens und den Einfluss von Unternehmen gekennzeichnet sind. Die "Partner" werden daran gehindert, lokale Industrien zu schützen und die Fähigkeit zu entwickeln, hochwertige Fertigwaren zu exportieren, wodurch die koloniale und neokoloniale Dynamik verstärkt wird, die darin besteht, Subsistenzbedürfnisse zu ignorieren, Rohstoffe zu exportieren, um europäische Industrien zu versorgen, und verarbeitete Waren wieder zu importieren. Die WPA zwingen den Ländern, die nicht bereit sind, mit der europäischen Wirtschaft zu konkurrieren, die Liberalisierung des Handels und den Abbau von Zöllen auf. Sie verhindern eine nachhaltige Entwicklung, stören die Binnenmärkte und die Industrialisierungsaussichtenⁱⁱⁱ, verringern die Zolleinnahmen aus den Zöllen, halten ungleiche, asymmetrische Wirtschaftsbeziehungen fest und geben den Interessen der EU bei der Bekämpfung der irregulären Migration Vorrang.

Auch wenn die Handelsbeziehungen zwischen Lateinamerika^{iv} und der EU anders geregelt sind, waren sie immer ähnlich ungleich: Die Region exportiert ebenfalls Rohstoffe und ist in hohem Maße von importierten Industrieerzeugnissen abhängig. Die EU greift auf natürliche Ressourcen^v zu, verwüstet aber die lokale Bevölkerung, zerstört Lebensräume, trägt zur Klimakrise bei und hält die Abhängigkeit aufrecht. Sie unterstützt die Bergbauindustrie, in der Verstöße gegen die Menschenrechte^{vi} und Arbeitsnormen an der Tagesordnung sind, sowie die Ausweitung des Bergbaus, die zu verstärkten Konflikten zwischen der lokalen Bevölkerung, den Unternehmen und den Regierungen^{vii} führt. Es gibt wenig Transparenz und eine begrenzte Beteiligung

der Zivilgesellschaft oder der Gemeinschaft an der politischen Entscheidungsfindung in der EU oder in Lateinamerika - eine unternehmensfreundliche Politik wird niemals die Auswirkungen auf Entwicklung, Menschenrechte, Umwelt oder Migration berücksichtigen.

Politische Antwort: Beendigung ausbeuterischer Strukturen

- **Umgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP):** Abschaffung der Subventionen, die die großindustrielle Landwirtschaft begünstigen und zu Exportüberschüssen führen, die den Bauern im globalen Süden schaden. Leiten Sie die GAP-Mittel um, um nachhaltige, kleinbäuerliche und agrarökologische Praktiken in Europa und im Ausland zu unterstützen, die die biologische Vielfalt und die Widerstandsfähigkeit lokaler Lebensmittelsysteme fördern. Dieser Ansatz verringert Marktverzerrungen, bringt die EU-Politik mit den Nachhaltigkeitszielen in Einklang und schafft gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Landwirte im Globalen Süden.
- **Umsetzung einer gemeinsamen Lebensmittelpolitik zur Unterstützung der Lebensmittelsysteme im globalen Süden:** Integrieren Sie eine gemeinsame Lebensmittelpolitik, die sicherstellt, dass EU-Handelsabkommen nachhaltige Lebensmittelsysteme im globalen Süden unterstützen. Begrenzen Sie Exporte, die die heimischen Märkte stören, und unterstützen Sie klimaresistente landwirtschaftliche Praktiken, um die Ernährungssouveränität zu wahren, eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern und lokale Ernährungssysteme zu stärken.
- **Abschaffung der Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismen (ISDS):** Entfernen Sie ISDS-Klauseln aus Handelsabkommen und ersetzen Sie sie durch gemeinschaftsorientierte Streitbeilegungssysteme, die der Umweltgerechtigkeit und dem Gemeinwohl Vorrang einräumen. Dadurch werden lokale Gemeinschaften in die Lage versetzt, schädliche Unternehmenspraktiken ohne Angst vor Repressalien anzufechten, ihre Souveränität zu schützen und die Dominanz von Unternehmen über die lokale Politik zu verhindern.
- **Mandat für Technologietransferabkommen in Schlüsselsektoren:** Fordern Sie Technologietransfer-Vereinbarungen zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden in Bereichen wie erneuerbare Energien und Gesundheitswesen, um den Zugang zu fortschrittlicher Technologie ohne restriktive Lizenzierung zu gewährleisten. Der Technologietransfer fördert eine nachhaltige Industrialisierung, unterstützt lokale Innovationen und verringert die Abhängigkeit von Konzernen aus dem Norden.
- **Verbot des Landerwerbs durch europäische Konzerne unter dem Deckmantel des Naturschutzes:** Verbot des Landerwerbs durch europäische Konzerne im Globalen Süden, der oft als "Naturschutz" oder "Kohlenstoffausgleich" gerechtfertigt wird. Schaffung eines globalen Rahmens zum Schutz des gewohnheitsmäßigen Landbesitzes und zur Beibehaltung der Souveränität der Gemeinschaften über ihr Land, um Vertreibungen zu verhindern, die biologische Vielfalt zu unterstützen und eine nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen zu fördern.

- **Förderung der regionalen wirtschaftlichen Selbstversorgung im globalen Süden:** Unterstützen Sie die regionale wirtschaftliche Selbstversorgung, indem Sie lokalen Industrien, der Ernährungssouveränität und dem regionalen Handel Vorrang vor exportorientierten Modellen geben. Erleichterung regionaler Abkommen, die es den Ländern ermöglichen, zu fairen Bedingungen Handel zu treiben und sich dabei auf die Befriedigung lokaler Bedürfnisse zu konzentrieren. Dieser Ansatz verringert die Abhängigkeit vom globalen Norden, stärkt die Widerstandsfähigkeit gegenüber Marktschwankungen und fördert die regionale Solidarität.
- **Schaffung souveräner regionaler Finanzinstitutionen, die frei von IWF/Weltbank-Auflagen sind:** Schaffung regionaler Finanzinstitutionen im globalen Süden, die Finanzmittel für Sozial-, Infrastruktur- und Nachhaltigkeitsprojekte bereitstellen, ohne die vom IWF oder der Weltbank auferlegten Sparauflagen. Finanzielle Souveränität ermöglicht es den Ländern, die Entwicklung auf der Grundlage lokaler Bedürfnisse voranzutreiben und starke, selbständige Volkswirtschaften zu fördern.
- **Verankerung des Rechts der Nationen des Globalen Südens auf Kontrolle der natürlichen Ressourcen:** Anerkennung und Schutz der Souveränität der Länder des Globalen Südens über ihre natürlichen Ressourcen und Verbot der Ausbeutung von Ressourcen durch ausländische Unternehmen ohne gerechte Entschädigung und ohne lokale Beteiligung. Verstaatlichung kritischer Sektoren und Einführung von Gewinnbeteiligungsmechanismen für lokale Gemeinschaften, um sicherzustellen, dass die Gewinne in den lokalen Gemeinschaften verbleiben und eine nachhaltige Entwicklung unterstützen.
- **Die globalen Handelsbeziehungen neu definieren:**
 - o Steueroasen schließen und gerechte Besteuerung durchsetzen: Verlangt, dass Gewinne dort besteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden, und schließt Steuerschlupflöcher, die dem globalen Süden Ressourcen entziehen.
 - o Neufassung des Abkommens mit Samoa: Überarbeitung des Samoa-Abkommens, um die Partner in die Lage zu versetzen, die lokale Industrie zu schützen, Fertigwaren zu exportieren und den Wissenssektor zu entwickeln.
 - o Trennung von Migrationskontrolle und Handelsabkommen: Ausschluss von Migrationskontrollklauseln aus Wirtschaftsabkommen, um die Handelspolitik auf wirtschaftliche und entwicklungspolitische Ziele zu konzentrieren und nicht auf die Abschreckung von Migranten.
 - o Beenden Sie die Finanzierung von Rohstoffabbau, der die Bevölkerung verdrängt: Stoppen Sie die europäische Finanzierung von Projekten zur Gewinnung natürlicher Ressourcen, die Gemeinden vertreiben, und geben Sie der lokalen Entwicklung Vorrang vor Unternehmensinteressen.

- o Entschädigung für Umweltzerstörung vorsehen: Verpflichten Sie Unternehmen, lokale Gemeinschaften für die durch ihre Tätigkeit verursachten Umweltschäden zu entschädigen und sie für die Auswirkungen auf Menschen und Ökosysteme zur Verantwortung zu ziehen.
- o Gewährleistung einer inklusiven Entwicklung der Handelspolitik: Umsetzung inklusiver und transparenter handelspolitischer Entwicklungsprozesse unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und von Interessengruppen aus dem globalen Süden. Dieser Ansatz bringt die Handelspolitik mit den Menschenrechten, der lokalen Entwicklung und der ökologischen Nachhaltigkeit in Einklang und schafft Vertrauen und Verantwortlichkeit in den globalen Handelsbeziehungen.

Maschinelle Übersetzung nur zur internen Verwendung

Klima-Ungerechtigkeit: Die ökologischen Auslöser der Vertreibung

Die Kolonisierung umfasste die atmosphärischen Gemeingüter: Die industrielle Expansion und der übermäßige Energieverbrauch basierten auf der Ausbeutung des "kostenlosen" Naturkapitals. Alles wurde zur Ware; der seit Jahrtausenden in Bäumen und im Untergrund gespeicherte Kohlenstoff wurde geplündert und Treibhausgase wurden freigesetzt. In ihrer Verzweiflung, den Status quo zu bewahren, behaupten die Neoliberalen nun, die Wirtschaft stehe über der Wissenschaft, doch die europäische Industrie wird erst dann aufhören, CO² auszustoßen, wenn sie unrentabel wird.

Obwohl die EU derzeit nur 8 % der weltweiten Kohlenstoffemissionen verursacht, ist sie mit ihren kumulierten Emissionen seit der industriellen Revolution mit 22 % der zweitgrößte Umweltverschmutzer aller Zeiten. Fossile Brennstoffe sind nach wie vor tief in der Wirtschaft verankert: Die meisten Mitgliedstaaten sind Öl- und Gasproduzenten, in Polen ist Kohle immer noch König, während sie in Deutschland eine Sucht ist. Europa ist insgesamt der drittgrößte Verursacher von Treibhausgasemissionen weltweit, wobei Deutschland als größter Kohleverbraucher in der EU den größten Anteil hat. Auf der COP26 einigten sich Dänemark, Frankreich und Deutschland darauf, die öffentliche Finanzierung der ungebremsten Kohleverstromung bis 2030 einzuschränken; Polen hielt sich nicht an die Vereinbarung und setzte das Jahr 2049 als neues Ziel fest.

Die EU-Subventionen für Stein- und Braunkohle, Öl und Gas haben viele Formen: Direktzahlungen, Steuervergünstigungen und -befreiungen, der Kapazitätsmarkt^{viii} und das Emissionshandelssystem (ETS). Allein im Jahr 2022 erhielt die Industrie für fossile Brennstoffe über 123 Mrd. EUR in Form von direkten Subventionen, Steuererleichterungen und -befreiungen.

Auf Betreiben der Industrie für fossile Brennstoffe setzt die EU nun auf Flüssigerdgas (LNG) als Brücke zu grüner Energie, obwohl es sich dabei um einen schmutzigen Brennstoff handelt, dessen Methanemissionen sogar die von Kohle übertreffen^x und dessen Umstellung den Treibhauseffekt um 40% verstärken wird.

Trotz der Netto-Null-Rhetorik des Europäischen Grünen Deals (EGD) hat die EU kaum Fortschritte bei den Klima- und Energiezielen gemacht; stattdessen hat die Treibhausgasintensität des Energieverbrauchs zugenommen, was durch die Tierhaltung und den Anbau von Nahrungsmitteln noch verschärft wird. Während die EU versucht, ihre globale Führungsrolle zu behaupten, treibt sie die Krise weiter voran: Sie gibt dem globalen Süden die Schuld an den Folgen ihrer eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten und bietet nur minimale Unterstützung für einen grünen Übergang. In der Zwischenzeit überschneidet sich die klimabedingte Migration mit anderen Ursachen von Vertreibung und beschleunigt diese. Die Menschen fliehen vor Wirbelstürmen und Sturmfluten oder vor Gebieten, die durch Dürre oder steigende Meere unbewohnbar geworden sind.

Für die EGD werden auch mehr abgebaute kritische Rohstoffe (CRM) aus Afrika benötigt, wo der Handel mit allen mineralischen Energieträgern (MEM) zunimmt. Der Abbau von ZRM zerstört bereits Gemeinschaften, verursacht Abholzung und Wüstenbildung, verschmutzt Flüsse und lässt sklavenähnliche Verhältnisse wieder aufleben. Die prognostizierte Nachfrage wird zu mehr Arbeitsmissbrauch und Landrechtsstreitigkeiten führen,

die Umweltzerstörung beschleunigen, die Klimakatastrophe verstärken, die Kohlenstoffemissionen Europas importieren, die Technologieabhängigkeit verstärken und die Migration erzwingen.

Die als naturnahe Lösungen angepriesene, nicht nachhaltige Biokraftstoffpolitik der EU verstößt gegen die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit und verschärft die Klimakrise. Die Nachfrage der EU nach billigem Biodiesel hat zur Abholzung von 4 Mio. Hektar Wald in Asien und Südamerika geführt. Europäische Autofahrer haben seit 2010 39 Mio. Tonnen Palm- und Sojabiodiesel verbrannt, der dreimal mehr CO² ausstößt als Diesel; bis 2030 wird diese Menge auf 173 Mio. Tonnen steigen. Finanzielle Mittel und Marktanreize haben zu einer Geldflut von Regierungen, Investoren und Unternehmen geführt, die verheerende Folgen für den globalen Süden hat.

Die Einstufung von Biokraftstoffen als nachhaltige Investition hat zur Entwicklung von Megaprojekten geführt, die hohe soziale und ökologische Kosten für die ärmsten und schwächsten Bevölkerungsgruppen mit sich bringen, einschließlich Landrechtsstreitigkeiten, die zu Migration führen.

Der Emissionshandel ist eine weitere Scheinlösung für den Status quo, die Migration erzeugt. Die Idee ist, dass Emissionen, die irgendwo entstehen, "ausgeglichen" werden können, indem sie anderswo aus der Atmosphäre entfernt oder unterirdisch gespeichert werden. Aber die Logik des EU-Emissionshandelssystems - emittieren, ausgleichen und einfangen - ist neokoloniale Klimagerechtigkeit in neuem Gewand. Es ermöglicht einen weiteren ökologischen Zusammenbruch, indem es Anreize zur Deregulierung schafft und Land- und Waldressourcen, ja sogar die Luft, die wir atmen, zur Ware macht.

Selbst wenn Europa seinen Verpflichtungen zur Klimafinanzierung nicht nachkommt und sein Lebensstil auf Kosten des globalen Südens geht, macht es Länder mit hohen Emissionen wie Indien zum Sündenbock und ignoriert deren Herausforderungen. Seine Forderung treibt die Krise voran: Viele Länder des Globalen Südens sind in ihrer Rolle als Rohstoffproduzenten gefangen und können ohne eine ebenso lukrative alternative Entwicklung keinen grünen Wandel vollziehen. Die EU-Mitgliedstaaten, der IWF und die Weltbank finanzieren weiterhin Projekte für fossile Brennstoffe im Globalen Süden; die EU gibt 100 Milliarden Dollar aus. Nach China ist Deutschland der zweitgrößte Investor in fossile Brennstoffe in Afrika und stellt jährlich 500 Millionen Dollar zur Verfügung, vor allem in Nordafrika und Nigeria, wo sein multinationaler Konzern Siemens an der Gasproduktion beteiligt ist. Italien investiert jährlich 300 Mio. USD in Ländern, in denen sein Ölkonzern ENI tätig ist. Die zweit- und drittgrößten multilateralen Geber nach der Weltbank sind die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), die zusammen jährlich 800 Millionen Dollar investieren. Auch die Energiepartnerschaft zwischen Afrika und der EU setzt auf fossile Brennstoffe und verdoppelt sowohl die LNG-Produktion als auch die Ausfuhren in die EU.

Die Klimakrise verschärft und verstärkt die Ungleichheiten. Der globale Süden mit den geringsten Emissionen trägt 90 % der Kosten und 98 % der Todesfälle aufgrund von Bränden, Überschwemmungen, Dürren, Hungersnöten, Krankheiten und Vertreibung. Er ist am stärksten von häufigeren und intensiveren Dürren, Hitzewellen, Überschwemmungen, dem Anstieg des Meeresspiegels und Stürmen betroffen; die heißesten Orte leiden am meisten unter steigenden Temperaturen und Klimaschwankungen. Die Küstenfischerei und die Küstengemeinden gehören zu den am stärksten gefährdeten Gebieten: Wenn sich die Meere erwärmen

und versauern, leiden die Meeresökosysteme. Die Ärmsten emittieren am wenigsten, erleiden aber die schlimmsten wirtschaftlichen Verluste, Wasserknappheit und Ernährungsunsicherheit, was die Entwicklung behindert und zu Migration führt.

Politische Antwort: Umgang mit klimabedingten Ungleichheiten bei der Migration

Der umfassende Grüne New Deal für Europa (GNDE) von DiEM25 umfasst 85 politische Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise, darunter Maßnahmen wie die folgenden:

- **Beendigung der politischen Unterstützung und Subventionen für fossile Brennstoffe:** Beenden Sie alle politischen Unterstützungen und Subventionen für fossile Brennstoffe und andere kohlenstoffintensive Industrien. Führen Sie Maßnahmen durch, um Investitionen in fossile Brennstoffe sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor zu bestrafen, wie es im Grünen New Deal für Europa von DiEM25 vorgesehen ist.
- **Ausweitung der bedingungslosen Klimafinanzierung und des Technologietransfers in den globalen Süden:** Bereitstellung von Klimafinanzierung und Technologietransfer für den Globalen Süden, unabhängig von der Hilfe zur Eindämmung und Anpassung. Vermeiden Sie es, Länder mit hohen Emissionen im Globalen Süden zum Sündenbock zu machen, und respektieren Sie deren Souveränität, das Tempo ihres eigenen Übergangs zu bestimmen.
- **Einrichtung der Agentur für grüne öffentliche Arbeiten (GPW):** Schaffung einer Agentur für öffentliche Investitionen, die Europas Ressourcen in grüne Übergangsjekte auf dem ganzen Kontinent lenkt und nachhaltige Infrastruktur, erneuerbare Energien und Umweltsanierung fördert.
- **Binden Sie die GPW-Finanzierung an Standards für nachhaltige öffentliche Beschaffung:** Verlangt, dass alle GPW-Finanzierungen strengen Kriterien für das öffentliche Beschaffungswesen entsprechen, die umweltfreundlichen Materialien, fossilfreier Energie und dem Aufbau von Gemeindewohlstand Vorrang einräumen. Stellen Sie sicher, dass die Mittel nur an Behörden vergeben werden, die sich zu den Grundprinzipien der Demokratie, Transparenz und Nachhaltigkeit verpflichten.
- **Reform der globalen Aufsichtsstandards zur Bestrafung von Investitionen in fossile Brennstoffe:** Eingreifen in die Gestaltung globaler Aufsichtsstandards, wie z.B. des Baseler Rahmenwerks, um strafende Kapitalanforderungen für Investitionen in fossile Brennstoffe und umweltzerstörende Projekte und Unternehmen einzuführen.
- **Einführung einer Richtlinie zum Umweltmissbrauch:** Anerkennung der Umweltzerstörung als Bedrohung für menschliches und nicht-menschliches Leben durch Kodifizierung der zivilrechtlichen Haftung für Beiträge zu Klima- und Umweltschäden. Persönliche und strafrechtliche Haftung für diejenigen, die von der Umweltverschmutzung profitieren, um sie für Umweltschäden zur Verantwortung zu ziehen.

- **Einrichtung einer Kommission für Umweltgerechtigkeit (EJC):** Einrichtung einer Kommission zur Überwachung und Durchsetzung der Grundsätze des GNDE mit Schwerpunkt auf Umweltgerechtigkeit:
 - **Befähigung des EJC zur Untersuchung von Fragen der Umweltgerechtigkeit:** Befähigung des EJC zur Untersuchung von Problemen der Umweltgerechtigkeit und zur Abgabe von Empfehlungen an gesetzgebende Organe in Europa und darüber hinaus.
 - **Auseinandersetzung mit der internationalen Dimension der Umweltgerechtigkeit:** Weisen Sie den EJC an, globale Fragen der Umweltgerechtigkeit zu untersuchen, einschließlich internationaler Handelsbeziehungen und Regelungen für transnationale Unternehmen.
 - **Fokus auf intergenerative Gerechtigkeit:** Sicherstellen, dass der EJC Ungerechtigkeiten der Vergangenheit anspricht und gleichzeitig Maßnahmen fördert, die eine bewohnbare Welt für zukünftige Generationen sichern.

Zusätzlich zu diesen Vorschlägen des GNDE betont DiEM25 die Notwendigkeit eines gerechten grünen Übergangs, der von den Reichsten finanziert wird, angefangen bei den obersten 1 %, die fast ein Drittel des gesamten Vermögens in Europa besitzen.

Maschinelle Übersetzung nur zur internen Verwendung

Komplizenschaft mit dem Autoritarismus: Die Unterstützung der EU für Diktatoren

Die erneute Konzentration der EU auf die Kontrolle der Migration, insbesondere aus Afrika, umfasst Bündnisse, Hilfe und Waffen, die es Diktatoren ermöglichen, ihre Macht auszuweiten und ihren Sicherheitsapparat zu professionalisieren. Die kooperativsten Regime sind diejenigen, die am meisten davon profitieren: autoritäre oder totalitäre Regime wie Ägypten^x, Eritrea^{xi}, Tunesien, Äthiopien und Libyen.

Obwohl die EU-Abkommen eine Demokratie- und Menschenrechtsklausel enthalten, strebt sie in den meisten Fällen eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Hilfe und Handel mit Autokraten an^{xii}. In den Jahren 2018 und 2019 erhielten undemokratische Regime 84 % der Entwicklungshilfe, ohne dass sie an eine bestimmte Regierungsführung gebunden waren. Unfreie Wahlen werden ebenfalls ignoriert. Die unfairen Wahlen in Thailand im Jahr 2019 haben zwar die Macht des Militärs gefestigt, aber die Gespräche über ein Freihandelsabkommen (FTA) blockiert. Nachdem die Regierung die Wahlen in Kenia 2017 gestohlen hatte, erhöhte die EU ihre Hilfe um 4,5 Milliarden Euro. 2015 wurde die Hilfe für Äthiopien aufgestockt, nachdem das Regime behauptet hatte, bei den Parlamentswahlen 100 % der Sitze gewonnen zu haben, und weiter gegen die Zivilgesellschaft vorging. Auch Pakistan, Bangladesch und Ägypten erhielten einen Freibrief für ihre unfairen Wahlen.

Trotz des EU-Verhaltenskodex für Waffenverkäufe haben die Mitgliedstaaten die Ausfuhr von Militärgütern an diktatorische Regime und den Verkauf von Technologien mit doppeltem Verwendungszweck für die digitale Überwachung von Aktivisten erhöht. Sie haben unter anderem an Aserbaidschan, Ägypten, Äthiopien, Kasachstan, Syrien, Libyen und Saudi-Arabien verkauft.

Jetzt, da sich die EU auf die Migrationskontrolle konzentriert, ist fast kein Diktator zu mörderisch, um ihn zu unterstützen, und keine Regierung zu grausam, um mit ihm zu verhandeln. Zu Europas Abwehrmaßnahmen gegen Migranten gehört ein Netzwerk williger Tyrannen, die die schmutzige Arbeit verdeckt vor der europäischen Öffentlichkeit, aber offen im eigenen Land verrichten und durch europäische Hilfe, Waffen und Ausbildung weiter gestärkt werden. Ironischerweise spornt die repressive Politik dieser autoritären und korrupten Regime die erzwungene Migration weiter an.

Profitieren von Konflikten: Der Waffenhandel und seine Auswirkungen

Der europäische Waffenhandel verursacht weit verbreitete Zerstörung und Instabilität und provoziert Massenflucht. Die Menschen sind gezwungen zu fliehen, manchmal nach Europa, was dazu führt, dass die Migrationsrouten weiter militarisiert und die Grenzen befestigt werden, was der Industrie immer mehr Gewinne einbringt. Die Realpolitik der Waffenexporte umfasst politische, wirtschaftliche und industrielle Interessen: Nationaler Imperialismus und Vorherrschaft, regionale und globale Hegemonie, Arbeitsplätze und

Unternehmensgewinne sind die wahren Prioritäten, nicht die Grundrechte und schon gar nicht Flüchtlinge und Migranten.

Die Förderung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der Militär- und so genannten Sicherheitsindustrie ist ein Ziel der EU. Verteidigung und Waffenhandel gelten als strategische nationale Sektoren, die für den technologischen Fortschritt und die Schaffung von Arbeitsplätzen unerlässlich sind. Darüber hinaus verstärkt die EU ihre militärische Schlagkraft und vertieft die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Bereich der harten Sicherheit, einschließlich gemeinsamer Rüstungsprojekte im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO), der Ausweitung der militärischen Kapazitäten der EU durch die schnelle Einsatzfähigkeit und der Beschleunigung der Finanzierung von Waffen.

In der Praxis hat sich gezeigt, dass Verbote von Waffenexporten nicht ernst genommen werden. Waffen werden an kriegführende Länder verkauft, was zu Destabilisierung und Binnenvertreibung führt - obwohl sowohl der Gemeinsame Europäische Standpunkt als auch der UN-Waffenhandelsvertrag den Verkauf an Menschenrechtsverletzer verbieten. Kriege haben erhebliche Auswirkungen auf das Klima - fast das Dreifache der Emissionen der zivilen Luftfahrt und der Seeschifffahrt zusammen.

Mit dem Argument, dass ein robuster Sektor nicht durch Inlandsverkäufe aufrechterhalten werden kann, sind die Regierungen stark an der Vergabe von Exportaufträgen beteiligt; aufgrund der hohen Investitionen der Industrie profitieren sie, wenn sie Ausfuhrgenehmigungen erteilen. Insgesamt ist die EU mit 26 % der weltweiten Verkäufe der zweitgrößte Waffenhändler der Welt, hinter den USA mit 36 % und vor Russland mit 21 %. Frankreich, Deutschland, Italien, das Vereinigte Königreich, Spanien, Schweden und die Niederlande sind in den Listen der Waffenhändler stark vertreten.

Ein Großteil dieses Handels wird kaum überwacht, und viele Verkäufe laufen praktisch unkontrolliert ab. Frankreich^{xiii} glaubt, dass seine strategische Autonomie von Waffenverkäufen abhängt, Deutschlands^{xiv} Industrie ist ein Beinahe-Monopol mit Mitarbeitern, die in der Regierung und im Militär eingebettet sind, Spaniens^{xv} Waffensektor ist eine tragende Säule seiner Wirtschaft und exportiert in fast alle Länder, die in bewaffnete Konflikte verwickelt sind und internationale Menschenrechtsnormen missachten. Auch Italiens^{xvi} Kundenliste ist voll von repressiven Regimen.

Waffenhandel, Konflikte und der Krieg gegen Migranten sind äußerst lukrativ: Selbst nach der Pandemie sind die internationalen Verkäufe auf dem Niveau des Kalten Krieges, wobei Saudi-Arabien^{xvii}, Ägypten^{xviii} und Katar^{xix} die wichtigsten Kunden bleiben. Seit 2015 sind diese Länder - zusammen mit Bahrain^{xx} und den Vereinigten Arabischen Emiraten^{xxi} - Teil einer Koalition gegen die mit dem Iran verbündeten Houthis im Jemen, in einem Stellvertreterkrieg zwischen Riad und Teheran, der eine Hungersnot verursacht hat. Obwohl sowohl die UN als auch das Europäische Parlament ein Verbot von Waffenverkäufen an Saudi-Arabien gefordert haben, gibt es kein EU-Embargo.

Fünf der weltweit größten Rüstungshersteller haben ihren Sitz in der EU: der transeuropäische Airbus, die französische Thales und Naval Group, die italienische Leonardo und die deutsche Rheinmetall. Ihr Geschäftsmodell sieht vor, dass sie doppelt profitieren: erstens durch den Verkauf von Massenvernichtungswaffen und zweitens durch den Verkauf von Produkten und Dienstleistungen, die

Flüchtlinge daran hindern, in die Festung Europa zu gelangen. Die Grenzsicherungsbranche macht enorme Gewinne mit Waffenlizenzen und -exporten; der wachsende Markt wird bis 2025 voraussichtlich 58 Milliarden Euro wert sein.

Politische Antwort: Beendigung der Komplizenschaft mit Autoritarismus und Konfliktprofiteuren

- **Ersetzen Sie neokoloniale Machtbeziehungen durch ausgewogene Partnerschaften:** Umwandlung der derzeitigen Handelspraktiken, Machtbeziehungen und Entwicklungshilfemechanismen in ausgewogene Partnerschaften, die soziale, ökologische und wirtschaftliche Gerechtigkeit in den Vordergrund stellen. Richten Sie die Handels- und Entwicklungshilfepolitik an den Grundsätzen von DiEM25 aus und betonen Sie faire Zusammenarbeit und ethisches Handeln. Der Aufbau dieser Partnerschaften stärkt die lokale Souveränität, verringert die Abhängigkeit und gibt der globalen Gleichheit Vorrang vor europäischen Wirtschaftsinteressen.
- **Vollständiges Verbot der Lobbyarbeit der Rüstungsindustrie durchsetzen:** Verbieten Sie die Lobbyarbeit der Rüstungsindustrie auf allen Ebenen der europäischen Regierung, um den Einfluss der Unternehmen auf Waffenexporte, Verteidigungsfinanzierung und Außenpolitik zu unterbinden. Wenn sichergestellt wird, dass die Politik dem öffentlichen Interesse Vorrang vor dem Profit einräumt, wird der Einfluss der Rüstungsindustrie auf die Entscheidungsfindung verringert und der Frieden gefördert.
- **Rechtsstaatlichkeit und bürgerliche Freiheiten gegen Überwachungstechnologie verteidigen:** Schutz der demokratischen Rechte und der bürgerlichen Freiheiten durch ein Verbot der Entwicklung, des Einsatzes und der Ausfuhr von Überwachungstechnologien und Technologien zur Einschränkung der Pressefreiheit. Dadurch wird die Rolle Europas bei der Ermächtigung von Regimen, die Bürgerrechte unterdrücken, eingeschränkt.
- **Aushandlung eines neuen internationalen Übereinkommens zur Abschaffung der Kriegsindustrie:** Pionierarbeit für ein globales Übereinkommen, das darauf abzielt, die Waffenproduktion schrittweise einzustellen und die Ressourcen in Richtung Klimaschutz und Nachhaltigkeit umzuleiten. Dieses Abkommen sollte klare Zeitvorgaben für die Beendigung der Waffenproduktion und die Umstellung der Anlagen auf nicht-militärische Zwecke enthalten, um einen globalen Wandel hin zu Frieden und ökologischer Belastbarkeit zu fördern.
- **Umsetzung eines gerechten Übergangsprogramms für Beschäftigte der Rüstungsindustrie:** Entwicklung eines Übergangsprogramms zur Umschulung von Beschäftigten der Rüstungsindustrie auf Arbeitsplätze im grünen Sektor, u. a. in den Bereichen erneuerbare Energien, Gesundheitswesen und soziale Dienste. Finanzielle und berufliche Unterstützung würde den Arbeitnehmern helfen, einen reibungslosen Übergang zu schaffen, der die Sicherheit des Arbeitsplatzes gewährleistet und gleichzeitig den Übergang zu einer nachhaltigen, auf soziales Wohlergehen ausgerichteten Wirtschaft ermöglicht.

- **Verbot des Waffenhandels:** Stopp und anschließendes Verbot des Handels mit Waffen, Teilen, technischer Zusammenarbeit und damit verbundenen Dienstleistungen. Dies würde natürlich ein verbindliches Waffenexportembargo für Länder mit anhaltenden Konflikten, Menschenrechtsverletzungen oder autoritären Regierungen beinhalten. Einrichtung eines unabhängigen Gremiums, das die Einhaltung des Embargos überwacht und bei Verstößen strenge Strafen verhängt. Dieses Embargo verhindert, dass europäische Waffen Konflikte anheizen, schützt das Leben der Zivilbevölkerung und fördert den Frieden.
- **Staatliche Mittel von der Waffenherstellung auf friedliche Industrien umlenken:** Stoppen Sie die staatliche Finanzierung der Waffenherstellung und leiten Sie diese Mittel in grüne Industrien, das Gesundheitswesen, die Bildung und Infrastrukturprojekte um. Die Beendigung von Waffensubventionen fördert die Schaffung von Arbeitsplätzen in friedlichen Sektoren, reduziert die Beteiligung der EU an der globalen Waffenverbreitung und stärkt die Gemeinschaften.
- **Bewältigung von Konflikten durch eine reformierte UNO:** Engagement für die Konfliktlösung durch eine reformierte UNO, die die Planung und Kontrolle europäischer militärischer und ziviler Missionen auf die UNO überträgt. Die Stärkung der Rolle der UNO unterstützt einen multilateralen Ansatz für Frieden und Stabilität und verringert die Abhängigkeit der EU von militärischen Lösungen.
- **Förderung einer "Kultur des Friedens" in Bildung, Medien und Forschung:** Vorrangige Schaffung einer neuen "Kultur des Friedens" durch Bildung, Journalismus und Forschung bei gleichzeitiger Abkehr von der Logik der militarisierten Sicherheit, wie sie im Rahmen der PESCO und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union angestrebt wird. Die Abkehr von der Militarisierung fördert die menschliche Sicherheit und die Widerstandsfähigkeit, indem Konflikte ohne militärische Lösungen angegangen werden. Eine Friedenskultur in Bildung und Medien trägt dazu bei, gesellschaftliche Normen zu verändern und künftige Generationen darauf vorzubereiten, Konfliktlösungen gegenüber der Militarisierung zu bevorzugen.
- **Förderung der Blockfreiheit und Rückzug aus der NATO:** Neuausrichtung Europas weg von konkurrierenden Machtblöcken und Konzentration der politischen Ressourcen auf die Sicherung einer neuen Bewegung der Blockfreien, die den Frieden als Grundlage der internationalen Zusammenarbeit in den Mittelpunkt stellt. In der Praxis bedeutet dies den Austritt aus der NATO und den Abbau der NATO-Strukturen in Europa. Der Austritt aus der NATO und die Förderung der Blockfreiheit reduzieren militärische Verstrickungen, unterstützen die Souveränität und positionieren Europa als globalen Fürsprecher für Frieden und Diplomatie.

Vereint für eine gerechte und menschenwürdige Migrationspolitik

Europas Politik, die auf Neokolonialismus, wirtschaftlicher Ausbeutung, Militarisierung, Umweltverschmutzung und Bündnissen mit unterdrückerischen Regimen beruht, zwingt weiterhin Millionen Menschen zu gefährlichen Reisen. Es ist an der Zeit, diese Realität anzuerkennen und entschlossen zu handeln. Wir rufen die Menschen und die fortschrittlichen Kräfte in Europa und darüber hinaus auf, sich für einen tiefgreifenden, grenzüberschreitenden Wandel zusammenzuschließen:

- **Konfrontation mit dem imperialistischen Erbe und Beseitigung desselben:** Erkennen Sie Europas Rolle bei der kolonialen Ausbeutung und dem modernen Neokolonialismus an. Dies bedeutet, dass extraktive Praktiken, unfaire Handelsabkommen und autoritäre Allianzen, die Regionen destabilisieren und Leben entwurzeln, beendet werden müssen. Dazu gehören auch Reparationen für den Globalen Süden und die Wiederherstellung von Ressourcen, Land und Lebensgrundlagen, die im Namen des Imperiums enteignet wurden.
- **Sich für Blockfreiheit und globale Gerechtigkeit einsetzen:** Europa muss mit militarisierten Bündnissen und imperialen Agenden brechen und eine Haltung der Blockfreiheit einnehmen, die Frieden, Zusammenarbeit und Solidarität mit unterdrückten Völkern in den Vordergrund stellt.
- **Aufbau einer Politik der Solidarität, nicht der Ausgrenzung:** Weg von militarisierten Grenzen, hin zu einer mitfühlenden Politik, die die kriminellen Systeme der Migration abbaut und sowohl Migranten als auch Aufnahmegemeinschaften im Geiste der gegenseitigen Hilfe unterstützt. Die Politik sollte gemeinschaftlich geführten Initiativen, der Unterstützung von Arbeitnehmerkooperativen und Strukturen, die die lokale Wirtschaft in die Lage versetzen, ohne Ausbeutung zu gedeihen, Vorrang einräumen.
- **Eintreten für Klima- und Wirtschaftsgerechtigkeit für alle:** Beenden Sie die Rolle Europas in der globalen Klimakrise, indem Sie einer Politik den Vorrang geben, die die Menschenrechte achtet und die Gemeinschaften fördert, anstatt Konzerne zu bereichern. Setzen Sie sich für eine Politik ein, die die Souveränität und Selbstversorgung des globalen Südens unterstützt und diese Gemeinschaften in die Lage versetzt, unabhängig von ausbeuterischen Handelspraktiken zu gedeihen.

Europa befindet sich an einem kritischen Wendepunkt. Wir können entweder den Weg der Spaltung fortsetzen oder uns gemeinsam für eine Zukunft einsetzen, die auf Befreiung, Solidarität, Gerechtigkeit und Frieden beruht. Dies soll unsere gemeinsame Aufgabe sein: eine Welt ohne Grenzen möglich zu machen, die Ausbeutung, die zur Vertreibung führt, zu beseitigen und ein Europa zu schaffen, das unsere gemeinsame Menschlichkeit verkörpert.

Die Welt kann nicht warten. Engagieren Sie sich mit uns, seien Sie solidarisch und werden Sie Teil einer transformativen Bewegung für Gerechtigkeit und Menschlichkeit - für den Aufbau einer Welt, in der Würde keine Grenzen kennt.

Ausgewählte Bibliographie

1. Ackerman, Mark (06-05-2018) 'Wie die Sicherheitsindustrie von der EU-Migrationskontrolle profitiert' tni.org
2. ADHRB Admin (25.06.2020) 'Partners In Crime: How The Italian Banking And Weapons Industry Work Together To Perpetuate The Yemeni Conflict' adhrb.org
3. ADHRB Staff (08-05-2020) 'Dispatch On Spanish Arm Sales To The Gulf Region' adhrb.org
4. Akpan, Nsikan (26.9.2019) 'Nur 2 Länder halten ihre Klimazusagen ein. So könnten sich die 10 schlechtesten verbessern' pbs.org
5. Alonso, Ines (23.10.2020) 'Gemeinsame Agrarpolitik der EU: 4 Dinge, die man über landwirtschaftliche Subventionen wissen sollte' foodunfolded.com
6. Amante, Angelo (07-06-2021) 'Italien lockert die Beschränkungen für Waffenverkäufe an Saudi-Arabien und die VAE' reuters.com
7. ANA-MPA (2019) "Milliarden für Subventionen für fossile Brennstoffe in der EU und in Griechenland ausgegeben, wie ein Bericht zeigt" amna.gr
8. Ankel, Sophia (16.11.2019) 'From Lockheed Martin To Airbus: These Are The 25 Largest Arms Manufacturers In The World' businessinsider.com
9. Armstrong, Martin (11-12-2019) "Europas größte Treibhausgasemittenten" statistica.com
10. AZOCleanTech (10-05-2021) 'Regionale Bewertung der grünen Wasserstoffproduktion in Europa' azocleantech.com
11. Bassetti, Francesco (29.10.2019) 'Die grausame Ironie der Klimaschulden' climateforesight.eu
12. Bayoumi, Moustafa (03-02-2022) "Sie sind zivilisiert und sehen aus wie wir: Die rassistische Berichterstattung über die Ukraine" theguardian.com
13. Béraud-Sudreau, Lucie (03-26-2020) Französische Waffenexporte: Das Geschäft mit der Souveränität iiss.org
14. Besch, Sophia & Beth Oppenheimer (9-10-2019) 'Up In Arms: Warring Over Europe's Arms Export Regime' Center For European Reform cre.eu
15. Birnbaum, Michael et al (11-04-2021) 'Mehr als 20 Länder auf der COP26 versprechen, die Finanzierung von internationalen Projekten für fossile Brennstoffe zu beenden' washingtonpost.com
16. Boffey, Daniel (2-12-2020) 'EU beschuldigt Klimakrisen-Heuchelei nach Unterstützung von 32 Gasprojekten' theguardian.com
17. Bouazza, Ben Bouazza (26.05.2022) 'IOM: Bis zu 600 Vermisste auf See in 3 Monaten im zentralen Mittelmeer' apnews.com
18. Boyle, Louise (11-04-2021) 'Cop26: Kohlenstoffausgleich 'Eine neue Form des Kolonialismus', sagt ein indigener Führer' independent.co.uk
19. Braun, Stuart (28.07.2020) '5 tödliche Länder für Umweltschützer' dw.org
20. Britannica (2022) 'Handel in Südamerika' britannica.com
21. Brooks, Libby (11-12-2021) 'Hunderte von Vertretern der globalen Zivilgesellschaft verlassen Cop26 aus Protest' theguardian.com
22. Caplan, Bryan und Zach Weinersmith (2019) Open Borders: The Science And Ethics of Immigration NY: First Second
23. CIGH Exeter (9.5.2019) "Wie Pinochet Chile zu einem weltweit bewunderten Modell des autoritären Kapitalismus machte" imperialglobalexeter.com
24. Coggio, Tessa (05-06-2021) "Europas Bekämpfung der 'Grundursachen' der afrikanischen Migration hat eine gemischte Bilanz" Migration Policy Institute migrationpolicy.org
25. Diallo, Rokhaya (03-10-2022) 'Was Europas Umarmung ukrainischer Flüchtlinge über seine Behandlung anderer aussagt' washingtonpost.com
26. DiEM25 (2021) 'Green New Deal For Europe: Blueprint For A Green Transition Edition 2' diem25.org
27. EC (1-1-2021) "Gesamtzahlen von Einwanderern in der europäischen Gesellschaft" ec.europa.eu
28. EEAS (12-14-2020) "Gemeinsames Kommuniqué: Informelles Ministertreffen EU27 - Lateinamerika und Karibik' EAD Berlin
29. Emergency Response Coordination Centre (ERCC) (12-17-2021) 'DG ECHO Daily Map: Ankünfte von Flüchtlingen und Migranten in Europa im Jahr 2021' erccportal.jrc.ec.europa.eu
30. Energy Live News (6-24-2020) 'Die Wahrheit über Europas grüne Heuchelei: Die EU hat in den letzten fünf Jahren keine Fortschritte beim Klimaschutz gemacht, zeigt Eurostat' thegwpf.com
31. Erlanger, Steve und Somini Sengupta (9-8-2021) 'Europe Unveils Plan To Shift From Fossil Fuels, Setting Up Potential Trade Spats' nytimes.com
32. EurActiv (20.05.2021) "Ungarn will EU-Abkommen für Handel und Entwicklung zwischen Afrika und dem Pazifik blockieren" euractiv.com
33. Euronews (11.3.2019) "Sieben europäische Länder in den Top 10 der größten Waffenexporteure der Welt" euronews.com
34. Briefing des Europäischen Parlaments (01-01-2021) "Nach Cotonou: Auf dem Weg zu einem neuen Abkommen mit den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean" europarl.europa.eu
35. Eurostat (03-16-21) "Asylstatistik" ec.europa.eu
36. Faiola, Anthony et al (28.02.2022) 'Plötzlich einladend, Europa öffnet die Tür für Flüchtlinge, die aus der Ukraine fliehen' washingtonpost.com
37. Fasan, Olu (19.03.2018) 'EU-Afrika Handelsbeziehungen: Warum Afrika die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen braucht' blogs.lse.ac.uk
38. Ferguson, Juliet (13.07.2020) 'Europas Liebesaffäre mit fossilen Brennstoffen' investigate-europe.eu
39. Ferguson, Juliet (10-15-2020) 'Die Gasfalle: Wie Europa 100 Milliarden Euro in die Infrastruktur für fossile Brennstoffe investiert' opendemocracy.net

40. Fotiadis, Apostolis und Niamh Ni Bhriain (28.07.2021) 'Smoking Guns: How European Arms Exports Are Forcing Millions From Their Homes' tni.org
41. Fox, Benjamin (16.11.2020) 'Spannungen in den Handelsbeziehungen zwischen der EU und Afrika' euractiv.com
42. Francis, Zac (19-4-2021) 'Großbritannien und die Apartheid' anewseducation.com
43. Gabbatis, Josh und Ayesha Tandon (04.10.2021) "Ausführliche Fragen und Antworten: Was ist Klimagerechtigkeit?" carbonbrief.org
44. GIGA (02-2018) 'China fordert Europa in Lateinamerika heraus, verdrängt es aber (noch) nicht' GIGA Focus Lateinamerika1
45. Godfrey, Ken (4-3-2021) "Wie die EU die Finanzierung von Autoritarismus besser vermeiden kann" carnegieeurope.eu
46. Godfrey, Ken und Richard Youngs (17.9.2019) 'Towards A New EU Democratic Strategy' carnegieeurope.eu
47. Hamer, Martin et al (11-12-2021) 'EU Carbon Border Adjustment Mechanism Proposal And Its Relationship To The European Emission Trading Scheme' nationallawreview.com
48. Harsha Walia (2021) Border & Rule: Globale Migration, Kapitalismus und der Aufstieg des rassistischen Nationalismus. Chicago: Haymarket Books
49. Harvey, Fiona et al (13.11.2021) 'Cop26 endet mit Klimaabkommen, obwohl Indien die Kohle-Resolution verwässert' theguardian.com
50. Hickel, Jason (09-2020) 'Quantifying National Responsibility For Climate Breakdown: Ein gleichheitsbasierter Zurechnungsansatz für Kohlendioxidemissionen, die die planetarische Grenze überschreiten' thelancet.com
51. Hieminga, Gerben und Nadege Tillier (28.10.2021) 'Hohe Gaspreise verdreifachen die Kosten der Wasserstoffproduktion' think.ing.com
52. Holtz, Leo und Chris Heitzig (02-12-2021) 'The Effects Of The Global Energy Transition In Africa: Störung und Chance' brookings.edu
53. Howden, Daniel (03-10-2022) "Europa hat das Mitgefühl für Flüchtlinge wiederentdeckt - aber nur, wenn sie weiß sind" theguardian.com
54. Investigate Europe (07-2020) "Schmutzige Subventionen: Wie Europa seine Klimaziele sabotiert" investigate-europe.eu
55. Jakob, Christian und Simone Schlindwein (2019) Diktatoren als Torwächter für Europa pressbooks.com
56. Johnston, Matthew (22.08.2019) "Eine kurze Geschichte der internationalen Handelsabkommen" investopedia
57. Keating, Dave (26.10.2019) 'EU beschuldigt, fossile Brennstoffe durch Kapazitätsmärkte zu subventionieren' forbes.com
58. Knight, Ben (1-3-2019) 'Deutsche Regierung hält sich über Spionagekooperation in Pinochets Chile bedeckt' dw.com
59. Kurmayer, Nikolaus (19.10.2021) 'Wissenschaftler warnen vor Treibhauseffekt durch Wasserstofflecks' euractiv.com
60. Lakhani, Nina (16.11.2021) 'Ein Todesurteil: Indigene Klimaaktivisten prangern Cop26-Deal an' theguardian.com
61. Langan, Mark (04-04-2019) 'Warum Europa seine unfairen Handelsabkommen mit Afrika dringend überdenken muss' doc-research.org
62. Lazard, Olivia (5-11-2021) "Die vielgepriesene Klimavorreiterschaft der EU ist voller Schlupflöcher" carnegieeurope.eu
63. Lazare, Sarah (14.09.2020) 'Die Kolonisierung der Atmosphäre: Wie reiche, westliche Nationen die Klimakrise vorantreiben' inthesetimes.com
64. Ledur, Julia et al. (27.02.2022) 'Fast eine Million Menschen haben die Ukraine verlassen, ein Vorbote einer massiven humanitären Krise' washingtonpost.com
65. Leotaud, Valentina Ruiz (06-06-2021) 'Der neue peruanische Präsident muss sich mit Dutzenden von Konflikten im Zusammenhang mit dem Bergbau befassen' mining.com
66. Lindsay, Frey (6-8-2019) 'Sudan Unrest Led EU To Suspend Funds For Migration Control, But Khartoum Process Should End For Good' forbes.com
67. Lopez, Alejandro (22.02.2021) 'Spaniens PSOE-Podemos-Regierung überschüttet Waffenhändler mit Milliardenaufträgen' wsws.org
68. MacKenzie, Christina (03-10-2020) "Was steckt hinter Frankreichs 72%igem Anstieg der Waffenexporte" defensenews.com
69. Magassy, Muhammad (18.12.2020) 'Westliche Heuchelei Nur ein globaler grüner New Deal kann die Klimakrise lösen' thecspo.org
70. Mamedov, Eldar (22.12.2020) 'Die EU sollte aufhören, Diktatoren im Nahen Osten zu verhätscheln' responsiblestatescraft.org
71. Mandour, Maged (1-8-2021) 'Wie der Westen die Militärdiktatur in Ägypten unterstützt' opendemocracy.net
72. Margaritis, Konstantinos (2012) 'An Outline of the Europe - South Africa Relations During And Post The Apartheid Era' CES Working Papers Vol. 4, Issue 4
73. Markit (16.11.2021) "Herausforderungen für die geplanten Maßnahmen zur Kohlenstoffgrenzsteuer in der EU" seekingalpha.com
74. Martin, Laura (26.04.2021) 'Vermeidung von Kohlenstoff-Kolonialismus: Entwicklungsländer können den Preis für die Verschmutzung nicht zahlen' thehill.com
75. Martin, Nik und Ben Knight (27.12.2019) 'Deutsche Waffenexporte schießen auf Rekordhoch, Ungarn größter Abnehmer' dw.com
76. MEE und Agenturen (07-07-2021) 'Italien hebt Verbot von Waffenverkäufen an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate auf' middleeasteye.net
77. Meza, Edgar (07-03-2020) 'Deutschland subventioniert den Sektor der fossilen Brennstoffe mit 37,5 Milliarden Euro pro Jahr - Medienbericht' cleanenergywire.org
78. Michaelson, Ruth (2021) 'Egypt's Political Prisoners Denied Healthcare And Subject To Reprisals' theguardian.com
79. Miller, Todd et al (25.10.2021) 'Globale Klimawand' tni.org
80. Monbiot, George (14.11.2021) 'Nach dem Scheitern von Cop26 gibt es nur noch eine letzte Hoffnung für unser Überleben' theguardian.com
81. Montlake, Simon (11-04-2021) 'Europa plant eine Grenzsteuer auf Kohlenstoff. Will Others Join The Club?' csmonitor.com
82. Morana, Mabel, Herausgeberin (2021) Liquid Borders: Migration As Resistance NY: Routledge
83. Morris, Loveday (23.10.2021) 'Deutschland präsentiert sich als Klimavorreiter. But It's Still Razing Villages For Coal Mines' washingtonpost.com

84. Ärzte ohne Grenzen (2021) "In den ersten sieben Monaten des Jahres 2021 sind bis zu 1.000 Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, gestorben" [msf.org](https://www.msf.org)
85. Naujokaityte, Goda (04-08-2021) 'Die Zukunft des grünen Wasserstoffs liegt in der Luft, da die EU bei der Strategie zögert' [sciencebusiness.net](https://www.sciencebusiness.net)
86. Neoliberalismus, Kolonialismus und Postkolonialismus
87. Neslen, Arthur (07-04-2021) 'EU-Biokraftstoffziele hinter abgeholzter Fläche so groß wie die Niederlande gesehen' [reuters.com](https://www.reuters.com)
88. Nachrichtenagenturen (29.01.2021) "Italien stoppt Waffenverkäufe an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate endgültig" [aljazeera.com](https://www.aljazeera.com)
89. Oxfam België/Belgique (08-03-2021) 'Europas Biokraftstoff-Sucht bedroht die Menschenrechte in Peru' [oxfam.org](https://www.oxfam.org)
90. Pannett, Rachel (18.11.2021) "Es wird als die saubere Energie der Zukunft gepriesen. But Hydrogen Produces Substantial Emissions, Study Shows" [washingtonpost.com](https://www.washingtonpost.com)
91. Pardikar, Rishika (19.10.2021) 'Was Klimafinanzierung für den globalen Süden im Vorfeld der COP26 bedeutet' [towardfreedom.org](https://www.towardfreedom.org)
92. Pardikar, Rishika (28.8.2020) 'Der globale Norden ist für 92 % der überschüssigen Emissionen verantwortlich' [eos.org](https://www.eos.org)
93. Pelligrino, Adela (2004) 'Migration von Lateinamerika nach Europa: Trends And Policy Challenges' IOM Migration Research Series #16 Uruguay: Universität der Republik
94. Pinna, Monica (23-07-2021) "Schüren europäische Waffen Kriege und Konflikte weltweit?" [euronews.com](https://www.euronews.com)
95. Pressemitteilung (17-09-2020) "Eu-Waffenexporte: Notwendigkeit von mehr Kontrolle und Transparenz" [europarl.europa.eu](https://www.europarl.europa.eu)
96. Progressives Spanien (6-30-2020) '2,870% Anstieg der spanischen Waffenverkäufe an die Saudis in einem Jahr' [progressivespain.com](https://www.progressivespain.com)
97. Puigdemont I Casamajo, C et al (21.05.2021) "Waffenexporte und militärische Ausbildung von Spanien nach Saudi-Arabien" Anfrage zur schriftlichen Antwort E-002743/2021 an die Kommission [europarl.europa.eu](https://www.europarl.europa.eu)
98. Rankin, Jennifer (26.05.2022) "Europa schweigt zur Lage der Gefangenen in Libyen, sagt der Chef der Migrationsbehörde" [theguardian.com](https://www.theguardian.com)
99. Rankin, Jennifer (03-02-2022) 'Ukraine-Flüchtlinge dürfen drei Jahre lang in der EU leben' [theguardian.com](https://www.theguardian.com)
100. Rankin, Jennifer (28.10.2021) 'EU Carbon Border Levy Could Sabotage Climate Goals, Says Thinktank' [theguardian.com](https://www.theguardian.com)
101. Redaktionsschluss Afrika Nachrichten (2021) 'Burundi: Erleichterung: EU hebt Hilfs- und Finanzsanktionen auf' [africanews.com](https://www.africanews.com)
102. Retepacedisarmo (28.04.2021) 'Italienische Waffenexporte: Fast 4 Milliarden für 2020 genehmigt, Ägypten ist der größte Abnehmer' [retepacedisarmo.org](https://www.retepacedisarmo.org)
103. RFI (02-06-2021) 'Frankreichs Waffenexporte fallen 2020 um 41 Prozent, Saudis bleiben größte Abnehmer' [rfi.fr](https://www.rfi.fr)
104. Rocha Rios, Gabrielle (03-09-2017) 'Explainer: Handel zwischen Lateinamerika und der Europäischen Union' [as-coa.org](https://www.as-coa.org)
105. Schape, Belinda und Domien Vangenechten (11-05-2021) 'CBAM, die Kohlenstoffabgabe der EU, verstehen' [chinadialogue.net](https://www.chinadialogue.net)
106. Seabrook, Victoria (16.7.2021) 'Überschwemmungen in Europa: Deutschland wird wegen Arktis-Gasprojekt der Heuchelei beschuldigt, nachdem der Klimawandel für Überschwemmungen verantwortlich gemacht wird' [news.sky.com](https://www.news.sky.com)
107. Standing, Andre (2019) 'The Climate Crisis In African Fisheries: Die EU muss Investitionen in fossile Brennstoffe beenden' [cffacape.org](https://www.cffacape.org)
108. Stender, Frederik et al (06-17-2021) 'The Trade Effects Of The Economic Partnership Agreements Between The EU And The African, Caribbean And Pacific Groups of State: Early Empirical Insights From Panel Data' *Journal Of Common Market Studies*
109. Strzyzowska, Weronika (25.03.2022) "Polen nimmt Aktivisten fest, die beschuldigt werden, Migranten über die weißrussische Grenze geschmuggelt zu haben" [theguardian.com](https://www.theguardian.com)
110. Sydow, Johanna (21.01.2015) "Rohstoffhandel zwischen der EU und Lateinamerika" Heinrich Boll Stiftung: Brüssel
111. Tran, Pierre (06-05-2020) 'Französische Waffenexporte 2019' [defense.info](https://www.defense.info)
112. Transparency International Defence and Security (10-21-2020) 'Einfluss der Verteidigungsindustrie in Deutschland: Analyse des Einflusses der Verteidigungsindustrie auf die deutsche politische Agenda' [ti-defence.org](https://www.ti-defence.org)
113. Verkehr und Umwelt (07-02-2021) '10 Jahre gescheiterte Biokraftstoffpolitik der EU hat Wälder von der Größe der Niederlande vernichtet - Studie' [transportenvironment.org](https://www.transportenvironment.org)
114. TRT World (15-4-2021) "Wird Thomas Sankaras Familie endlich Gerechtigkeit erfahren?" [trtworld.com](https://www.trtworld.com)
115. Unbekannter Autor (01-01-2021) "Nach Cotonou: Auf dem Weg zu einem neuen Abkommen mit den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean" European Parliament Briefing [europarl.europa.eu](https://www.europarl.europa.eu)
116. Unbekannter Autor (12-03-2020) 'Fragen und Antworten: Erzielung einer politischen Einigung auf der Ebene der Chefunterhändler über das neue Partnerschaftsabkommen der EU mit den Mitgliedern der OACPS' [ec.europa.eu](https://www.ec.europa.eu)
117. Unbekannter Verfasser (1989) 'Kapitel 11: Die Rolle und die Verantwortlichkeiten der Europäischen Gemeinschaft' [oxfamilibrary.openrepository.com](https://www.oxfamilibrary.openrepository.com)
118. Unbekannter Autor (undatiert) "EU-AKP-WPAs" [bilaterals.org](https://www.bilaterals.org)
119. Urbina, Ian (12-06-2021) 'Klimamigration wird die Brutalität im Mittelmeer verschlimmern' [aljazeera.com](https://www.aljazeera.com)
120. Usman, Zainab et al (18.10.2021) 'Was bedeutet der europäische Green Deal für Afrika?' [carnegieendowment.org](https://www.carnegieendowment.org)
121. Uzelac, Ana (06-2019) 'Incoherent Agendas: Bedrohen die Migrationspolitiken der Europäischen Union die regionale Integration in Westafrika?' *Clingendael Policy Brief* [clingendael.org](https://www.clingendael.org)
122. Varoufakis, Yanis (11.10.2021) "COP26 ist dem Untergang geweiht, und das hohle Versprechen von 'Netto-Null' ist daran schuld" [theguardian.com](https://www.theguardian.com)
123. Verwoerd, Alissa und Tess Marteinj (23.05.2021) 'Wahr: 80 Prozent der europäischen Gelder für die Landwirtschaft gehen an die 20 Prozent der größten Landwirte' [eufactcheck.eu](https://www.eufactcheck.eu)

124. Wagner, Fabian (23.10.2018) "Die EU macht es sich mit den afrikanischen Verbrechern und Diktatoren so bequem wie China" eurActiv.com
125. Walia, Harsha (2021) Border & Rule: Global Migration, Capitalism And The Rise Of Racist Nationalism Chicago: Haymarket Books
126. Wezeman, Pieter et al (03-2021) "Trends in internationalen Waffentransfers, 2020" SIPRI Fact Sheet sipro.org

Endnoten

i Die GAP trägt zur Beimischung von Palmöl in Milchpulver, zu Exporten, die die lokale Produktion untergraben und schwache Volkswirtschaften destabilisieren, und zur Ausweitung des ökologisch zerstörerischen Sojamodels in Lateinamerika bei - auf Argentinien, Brasilien, Bolivien, Paraguay und Uruguay entfallen 50,6 % der weltweiten Produktion.

ii Die AKP-EU-Partnerschaft aus dem Jahr 2000, auch bekannt als Partnerschaftsabkommen von Cotonou, umfasst den Handel mit 79 ehemaligen Kolonien in Afrika, der Karibik und dem Pazifik. Es bildet den Rahmen für die Aushandlung eigenständiger, WTO-kompatibler, entwicklungsorientierter Freihandelsabkommen, der so genannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA), die sich derzeit in verschiedenen Stadien des Ratifizierungs- und Umsetzungsprozesses befinden. Das Post-Cotonou-Abkommen, das eigentlich nur bis 2020 laufen sollte, befindet sich nun in der Schwebe und wartet auf seine Genehmigung. Die WPA werden weiterhin von der Kommission verwaltet, aber viele afrikanische Länder zögern, einen Verweis auf diese Abkommen zuzulassen.

iii Die WPA mit der ESA (East and Southern Africa) und der SADC (Southern African Development Community) haben zu einem Rückgang der Ausfuhren von Industrieerzeugnissen in die EU um 51,2 % bzw. 32,3 % geführt. Die EU-Ausfuhren in die Mitglieder des SADC-WPA haben insgesamt zugenommen, und die Agrarexporte in die SADC, die ESA und den Pazifikraum sind gestiegen.

iv Es gibt ein kompliziertes Netz von Assoziations- und Handelsabkommen zwischen der EU und der CELAC, die sich in vier Kategorien einteilen lassen: Handelsblöcke (Mercosur und CARIFORUM), regionale Mehrparteienabkommen (Zentralamerika und Anden), Freihandelsabkommen mit einzelnen Ländern (Chile und Mexiko) und ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) mit der Karibik. Diese Abkommen sind sowohl geopolitisch als auch strategisch von Bedeutung und gewinnen zunehmend an Dynamik. Wie die WPA des Cotonou-Abkommens befinden sich die Abkommen in verschiedenen Verhandlungs- und Umsetzungsphasen, während der Handel weiterläuft.

v Sowohl die linken als auch die rechten Regierungen Lateinamerikas stützen ihre Entwicklungspläne auf die Rohstoffgewinnung, weil sie glauben, dass diese zu wirtschaftlichem Wohlstand führen wird. 13 lateinamerikanische Länder gehören zu den 15 größten Bodenschatzlieferanten der Welt. Mit der Ausweitung des Bergbaus werden jedoch empfindliche Ökosysteme gefährdet und investorenfreundliche Gesetze schwächen die Umweltstandards.

vi Peru setzt nun das Militär ein, um soziale Proteste zu unterdrücken, und der Einsatz von Waffen gegen Aktivisten wird nicht bestraft. Während Ecuador seine Bergbauaktivitäten ausweitet, schränkt es die Beteiligung von NRO an politischen Angelegenheiten ein. NGOs, die sich für die Rechte indigener Völker einsetzen, werden geschlossen, und Umweltschützer werden oft kriminalisiert, wie Terroristen behandelt oder sogar ermordet. Im Jahr 2019 wurden in Lateinamerika mindestens

144 Menschen getötet, wobei Kolumbien mit 64 Morden an erster Stelle steht. Von 24 Morden in Brasilien ereigneten sich 90 % im Amazonasgebiet. 18 Menschen wurden in Mexiko und 14 in Honduras getötet.

vii Allein in Peru gibt es über 100 Wasser- und Landnutzungskonflikte im Zusammenhang mit dem Bergbau. Vielerorts hat die Wasser- und Bodenverschmutzung zu einer Blei- und Arsenverseuchung der in der Nähe der Minen lebenden Menschen geführt. Darüber hinaus ist der Zugang zu Wasser oft ein Privileg, das den Unternehmen gegenüber den lokalen Gemeinschaften eingeräumt wird, die dann nicht mehr in der Lage sind, Landwirtschaft zu betreiben. Ein weiteres großes Problem ist die Verschmutzung durch den Transport des Konzentrats aus den Minen.

viii Kapazitätsmärkte sichern die Versorgung, indem sie Verpflichtungen für die künftige Stromerzeugung festschreiben. Sie sind eine Auktion für staatliche Aufträge und werden als Schlupfloch genutzt, um Kohle, Öl und Gas weiterhin zu subventionieren. 98 % der Verträge gehen an fossile Brennstoffe und Kernkraft, 66 % nur an Kohlekraftwerke. Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Irland, Italien, Kroatien, Polen, Schweden und Spanien haben einen solchen Markt oder planen ihn. Portugal hat seinen Kapazitätsmarkt abgeschafft, nachdem es festgestellt hatte, dass überschüssige Energie bereits produziert wurde und nicht mehr subventioniert werden musste. Nach Angaben der Europäischen Kommission gibt es in der gesamten EU Überkapazitäten. Diese Märkte stützen auch die Gewinne der fossilen Brennstoffindustrie, indem sie die Umstellung von Kohle auf Gas statt auf erneuerbare Energien fördern, die Regierungen an lange unflexible Verträge binden und innovative Technologien ausschließen. In Polen sind 80 % der Kapazitätsverträge an ineffiziente Kohlekraftwerke gegangen, so dass sie bis Ende der 2030er Jahre öffentliche Subventionen erhalten; allein zwischen 2016 und 2030 werden sie 14 Mrd. EUR erhalten.

ix Seit 2010 hat die fossile Brennstoffindustrie über 250 Millionen Euro für Lobbyisten, Zugang und Einflussnahme ausgegeben. Die Leugnung des Klimawandels wurde durch die Schwächung und Sabotage von Gesetzen ersetzt. Da LNG weniger Kohlenstoff ausstößt als Öl oder Kohle, wird es nun als Brücke zur grünen Energie angepriesen. Es ist jedoch ein schmutziger Brennstoff, dessen Methanemissionen schlimmer sind als die von Kohle: Über einen Zeitraum von 20 Jahren ist es 80 Mal effektiver bei der Speicherung von Wärme in der Atmosphäre.

x In Ägypten sind 10.000 Menschen, darunter Journalisten, Andersdenkende und Mitglieder der LGBTQIA-Gemeinschaft, polizeilicher Brutalität ausgesetzt, werden in Militärgefängnissen gefoltert, gewaltsam verschwunden und außergerichtlich hingerichtet oder in Massenprozessen kollektiv zum Tode verurteilt. Andere kritische Stimmen werden durch Drohungen, Reisebeschränkungen und Beschlagnahmungen zum Schweigen gebracht. Trotzdem wurde der ägyptische Militärdiktator Abdel Fattah el-Sisi im Jahr 2020 mit der *Ehrenlegion* ausgezeichnet. Frankreich ist Ägyptens wichtigster Waffenlieferant und ein entscheidender Geldgeber: Seine Waffen werden zur Unterdrückung abweichender Meinungen eingesetzt, und die Exporte sind nicht an Menschenrechtsbedingungen geknüpft. Griechenland, sowohl unter der Syriza- als auch unter der Nea Dimokratia-Regierung, hat sich ebenfalls als Fürsprecher Ägyptens betätigt. Im Jahr 2018 wurde ein ungebundenes EU-Darlehen in Höhe von 500 Mio. EUR angekündigt.

xi Obwohl die Europäische Kommission plant, die Mittelbindung aufzuheben, hat sie seit 2020 120 Mio. EUR für Anti-Migrationsprojekte in Eritrea genehmigt, darunter 20 Mio. EUR für ein Straßenbauprojekt für Zwangsarbeiter. Unter dem grausamen Regime von Präsident Isaias Afewerki müssen junge Menschen lebenslangen Militärdienst fürchten, Einwohner werden überwacht, Menschen, die zu fliehen versuchen, werden an der Grenze erschossen, und Familien wird mit Gefängnis gedroht, um "Steuern" von im Ausland lebenden Bürgern zu erpressen. Für weniger als 30 € pro Monat dienen die Soldaten in Tigray, entlang der äthiopischen Grenze oder als Arbeitskräfte beim Straßenbau, in Steinbrüchen oder bei Megaprojekten wie Wasserkraftwerken. Afewerki kontrolliert einen massiven Sicherheits- und Geheimdienstapparat mit weltweiter Ausstrahlung, den er nutzt, um die Bevölkerung in einem ständigen Zustand der Angst zu halten.

xii In den letzten zehn Jahren hat die EU Menschenrechtsverletzern wie Ägypten, Laos, Marokko, Myanmar, Ruanda, Tadschikistan, Usbekistan, Uganda und Vietnam Haushaltszuschüsse gewährt. Sie stellt weiterhin Mittel für Länder bereit, die immer autokratischer werden - wie Bangladesch, Burkina Faso, Mali und Serbien. Im Jahr 2021 hob die EU ihre finanziellen Sanktionen gegen die burundische Regierung auf und nahm die Hilfe wieder auf, und Frankreich hat die finanzielle Zusammenarbeit trotz der schlechten Menschenrechtssituation in diesem Land wieder aufgenommen. Frankreich hat auch seine finanzielle und militärische Unterstützung zur Terrorismusbekämpfung für den autokratischen Präsidenten Idriss Déby im Tschad bis zu seinem Tod im Jahr 2021 aufgestockt.

xiii Frankreich ist der Ansicht, dass seine strategische Autonomie von Waffenverkäufen abhängt: Um unabhängig zu bleiben, muss das Land über eine eigene Waffenproduktion verfügen. Die politische und militärische Führung Frankreichs behauptet, dass sich die französischen Streitkräfte ohne Exporte nicht die neuesten Waffen leisten können. Sie lehnen es entschieden ab, sich in Sachen Verteidigung auf die USA zu verlassen, nicht zuletzt, weil die Käufe vom Kongress genehmigt werden müssten.

Eine riesige Bürokratie existiert nur, um die Waffenexporte zu fördern und so ihren eigenen Spielraum und Einfluss zu bewahren. Um seine Position aufrechtzuerhalten, setzt sich Frankreich jetzt für einen großen europäischen Verteidigungsfonds, neue europäische Finanzinstrumente für den Erwerb von Waffen, eine Binnenmarktregulierung gegen die Abhängigkeit von außen und eine Lockerung der Exportbeschränkungen ein.

xiv Deutsche Unternehmen haben sich zu Beinahe-Monopolen zusammengeschlossen. Der Wettbewerb ist begrenzt, und 30 % der Aufträge werden über Einzelausschreibungen/Bieterverfahren vergeben; zum Schutz von Schlüsseltechnologien werden staatliche Aufträge direkt vergeben. Dem öffentlichen Dienst fehlt es an Personal und Fachwissen für die Bewertung von Angeboten, so dass er sich auf Beratungsunternehmen und Forschungsinstitute der Verteidigungsindustrie stützt; bei der Gestaltung von Ausschreibungsunterlagen und der Bewertung von Produkten ist er auf Zulieferer angewiesen. In den Jahren 2018 und 2019 wurden weniger als 1 % der Rüstungsexportanträge abgelehnt: 88 von 11.000 im Jahr 2018 und 56 von 9.900 im Jahr 2019. Beamte der Industrie sind in das Militär eingebettet, und eine Drehtür sorgt dafür, dass Berater zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor hin und her wechseln. In der Zwischenzeit finanziert und lenkt die Industrie Denkfabriken und Handelsverbände, indem sie ihre leitenden Mitarbeiter in deren Lenkungsausschüsse beruft. Das Abgeordnetengesetz erlaubt es den Abgeordneten, lukrative Nebenjobs anzunehmen, die Vorschriften sind lax und die Strafen für Interessenkonflikte unzureichend. Wahlkampfspenden der Industrie sind unbegrenzt und die Unterstützung von Parteiveranstaltungen und -konferenzen ist erlaubt. Die Geheimniskrämerei der Bundesregierung bei der Entwicklung und Planung von Sicherheits- und Verteidigungsstrategien verhindert die Einbeziehung der Öffentlichkeit und eine sinnvolle Kontrolle und verschafft Lobbyisten und Wahlkämpfern zusätzliche Macht. Das Parlament wird bereits in der frühesten Planungsphase und erst später, nachdem wichtige Entscheidungen getroffen worden sind, einbezogen.

xv Mit einem Anteil von 1 % am BIP ist die spanische Rüstungsindustrie eine tragende Säule der spanischen Wirtschaft. Spanien exportiert Waffen in fast alle Länder, die in bewaffnete Konflikte verwickelt sind und internationale Menschenrechtsnormen missachten: Bahrain, Ägypten, Israel, Libyen, Pakistan, Saudi-Arabien, Somalia, Südsudan, Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate. Auch Marokko ist ein Kunde, der für 3,9 Millionen Euro Munition und Sprengstoff kauft. Spanien ist heute auch ein führender Exporteur von Polizei- und Bereitschaftsausrüstung für Regime, die mit massiver sozialer Opposition gegen Sparmaßnahmen, Militarismus und bössartige Vernachlässigung angesichts von Covid19 konfrontiert sind. Im Jahr 2020 wurden mit diesen Produkten 719.026 € verdient, 931 % mehr als 2019. Das ärmste Land der Welt (10th), Togo, kaufte 80 % mit einem Vertrag über 575.685 €. Der dynastische Herrscher, Präsident Faure Gnassingbe, benötigt die neue Ausrüstung, um Streiks und Protesten gegen seine Herrschaft zu begegnen. Tunesien war der zweitgrößte Kunde für diese Ausrüstung.

xvi Auf der Kundenliste Italiens stehen auch Bahrain, Turkmenistan, Somalia, Südsudan und die Vereinigten Arabischen Emirate. Insgesamt werden 56,1 % der Ausfuhrgenehmigungen an Drittländer erteilt, die seit fünf Jahren in Folge die wichtigsten Kunden Italiens sind.

xvii Saudi-Arabien war der größte Kunde Frankreichs in den Jahren 2020 und 2021 (704 Mio. EUR und 703 Mio. EUR). Spanien hat seit 2015 1,7 Mrd. EUR von der saudi-geführten Koalition erhalten. Im Jahr 2021 war Saudi-Arabien mit 54,3 Mio. EUR der fünfgrößte Abnehmer, und ohne parlamentarische Genehmigung nutzten private Auftragnehmer, die saudische Soldaten ausbildeten, Einrichtungen der Armee. Im Jahr 2020 erteilte sie 26 Ausfuhrgenehmigungen im Wert von 215 Mio. EUR. Im Jahr 2019 wurden 22 Ausfuhrgenehmigungen erteilt, und die Verkäufe stiegen auf 392,78 Mio. EUR, was einem Anstieg von 2870 % gegenüber 2018 entspricht. 97 % dieser Verträge wurden mit den saudischen Streitkräften geschlossen. Navantia baut außerdem fünf Korvetten im Wert von 1,8 Milliarden Euro für die saudische Marine. Die italienischen Lizenzen für Saudi-Arabien haben einen Wert von 144,4 Mio. EUR, aber 50 % der italienischen Exporte gehen an die saudische Koalition und haben einen Wert von 3 Mrd. EUR pro Jahr. Italien hat den Verkauf von Tausenden von Raketen an Saudi-Arabien im Januar 2021 gestoppt. Die Ausfuhrbeschränkungen für 2019 wurden jedoch aufgehoben, um die diplomatischen Spannungen abzubauen und den weiteren Zugang zum Luftwaffenstützpunkt Al Minhad und zu zivilen Aufträgen zu gewährleisten. Trotz des deutschen Waffenembargos liefert Deutschland weiterhin Komponenten für transeuropäische Projekte und ermöglicht es dem Raketenhersteller MBDA, Waffen an die saudische Luftwaffe zu liefern.

xviii Im Jahr 2021 kaufte Ägypten 30 Rafale-Kampfflugzeuge (im Wert von 40 Mrd. EUR) von Frankreich. Ägypten ist der zweitgrößte Kunde Deutschlands und der wichtigste Kunde Italiens mit Lizenzen im Wert von 991,2 Mio. EUR und einem neuen Rüstungsgeschäft, das Fregatten, Eurofighter Typhoons und einen Militärsatelliten umfasst.

xix Katars italienische Lizenzen haben einen Wert von 212 Millionen Euro.

XX Im Jahr 2019 genehmigte Spanien Ausfuhrgenehmigungen in Höhe von 14.520 EUR nach Bahrain, im Jahr 2018 waren es 812.181 EUR. Bahrain hat mit spanischen Waffen schwere Verstöße gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht in Jemen begangen.

XXI Spanien ist nach wie vor der fünftgrößte Lieferant der VAE. Seine Ausfuhren hatten 2021 einen Wert von 8,2 Mio. EUR. Im Jahr 2019 verkaufte Spanien Rüstungsgüter im Wert von 94 Mio. EUR, die im Jemen eingesetzt werden, obwohl die Truppen der VAE mit spanischen Waffen schwere Verstöße gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht wie das Verschwindenlassen von Personen und Folter begangen haben. Italien hat den Verkauf von Tausenden von Raketen an die VAE im Januar 2021 gestoppt.

Maschinelle Übersetzung nur zur internen Verwendung